



# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.  
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Würnberg, 1. Januar 1898.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 80 J  
Redaktion und Expedition:  
Würnberg, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Zum Jahreswechsel. — Zur Lage des in den deutschen Marinebetrieben beschäftigten Personals. — Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. (Fortsetzung.) — Amerikanische Sicherheitsdampfkessel. — Situations- und Tätigkeitsbericht des Vertrauensmannes für Brandenburg und Pommern. (Schluß.) — Zur Wärfstundebewegung der englischen Maschinenbauer. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die deutschen Metallarbeiter. — Abrechnung über den Unterstützungsfond der Allg. Kr. u. St.-K. der Metallarbeiter. — Vermischtes. — Bitterarisches.

## Zur Beachtung.

**Zug ist ferngehalten:** von Feilenbauern nach Erfurt (Augustin); von Schlossern und Drehern nach Neustadt a. d. Odt. (Kellereimaschinenfabrik von Liebert); von der Fahrrad- und Nähmaschinenbranche nach Stettin (Bernh. Stöwer u. S.); von Klempnern nach Braunschweig (Mechenballagenfabrik von Runge) St. nach Wermelschischen (Robert Weber, Berg. Eisenblechwarenfabrik u. c.) W.; von Mechanikern, Optikern, Brilleneinschleifern u. c. nach München (Madenstock); von Metallarbeitern aller Branchen nach Cergelow i. Pomm. M., nach Wald (Rheinland) und Sodingen i. Bad. (Fichtenberger & Co.), nach England St.; von Metallbrückern nach Soyenhagen (Alliengeseilschaft Olub & Mavstrand).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Wohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Wajprezelung)

## Bum Jahreswechsel.

Wieder ist ein Jahr in das endlose Meer der Ewigkeit hinabgesunken und wir sind nur die Erfahrungen eines Jahres reicher geworden. Die Gelegenheit hierzu bot sich umso mehr, als das Jahr 1897 ein wahres, ein lebhaft bewegtes Kampfsjahr war. Kampf überall, auf politischen wie wirtschaftlichen Gebieten, im Inlande wie im Auslande.

Zu den alltäglichen mahligen Kämpfen der Einzelnen wie der Völker um's Dasein gesellten sich in diesem Jahre auch blutige Kriege und Revolutionen. Letztere spielten sich auf den spanischen Besitzungen, auf den Philippinen und auf Kuba ab und wenn man will zu Ende des Jahres auch in Oesterreich. Auf den Philippinen führen die frommen katholischen Mönche ein Schandregiment, wie man es von den spanischen Pfaffen seit Jahrhunderten gewohnt ist. Die armen Menschen wurden durch die Unterdrückungen und Folterqualen des päpstlichen Regiments zur Verzweiflung und zum Aufstand getrieben, der von der spanischen Soldateska blutig und grausam niedergeschlagen wurde, so ganz nach der Art, wie vor mehr als 300 Jahren der Bluthund Alba in Holland mordeie und brandschatzte.

Ähnlich verfahren die Spanier auf Kuba, wo nun der Aufstand der die Unabhängigkeit erstrebenden Eingeborenen schon Jahre lang geführt wird und die Spanier riesige Opfer an Menschenleben und Geld kostete. Die Kubaner kämpfen mit einer Ausdauer und Geschicklichkeit, die die Bewunderung der ganzen, demokratisch fühlenden Welt gefunden und die ihnen vollen Erfolg wünscht. Die Beruhigung der Kubaner durch eine ganz unzulängliche Autonomie mit einem spanischen Gouverneur an der Spitze ist nicht gelungen und überdies hat zu allem Unglück für das offizielle Spanien dieser Beruhigungsversuch in Spanien selbst große Aufregung verursacht und den Ausbruch einer Verwirrung in den Bereich der Möglichkeit gerückt, wo Liberale, Konservative, Karlisten und Generäle mit einander ringen und rufen. Was die Spanier in puncto Grausamkeit zu leisten vermögen, dessen war ganz Europa und die ganze Kulturwelt Zeuge bei Behandlung der wirklichen und angeblichen Anarchisten. Was da an Bestialität, an Scheußlichkeit an die Öffentlichkeit gelangte, das war eine vollständige Wiederaufrichtung der schrecklichen Inquisition,

die zu allen Zeiten einen Schandfleck in der Geschichte Spaniens und ein schwarzes Blatt in der Geschichte der Menschheit bilden wird.

Die Vorgänge in Oesterreich hatten in der That revolutionären Charakter. Das geschlossene Willkür- und Gewaltregiment der Polen zeigte einmal, was heute noch in unseren sogenannten Rechtsstaaten möglich ist und sodann, was man von einem vollen Siege der slavischen Bourgeoisie und feudalen Aristokratie zu erwarten hätte. Eine zweijährige Herrschaft des polnischen Regiments hat Oesterreich an den Rand des staatlichen Abgrundes gebracht und Erscheinungen gezeigt, wie z. B. die vandallischen Ausschreitungen des tschechischen Pöbels in Prag, die das Habsburger Reich noch als ein Stück Halbaffen beurtheilen lassen. Im Parlament machte dem polnisch-tschechisch-kerikalen Gewaltregiment nach wochenlanger Dauer und nachdem die Dinge bis zur Explosion getrieben worden, das Dugend Sozialdemokraten mit revolutionärer Thatkraft ein Ende. Und das arbeitende Volk Wiens marschierte auf zur Unterstützung seiner Führer im Kampfe um's Recht. Der berüchtigte Polack Waden hatte noch vor etwas mehr als einem Jahre mit Verachtung von der Sprache der Straße gesprochen, die das allgemeine Wahlrecht forderte und nun ist er der Straße zum Opfer gefallen. Man sieht aus den österreichischen Vorgängen, daß auch heute noch im öffentlichen Leben unter Umständen die Straße ein sehr gewichtiges und entscheidendes Wort mitreden kann. Auf jeden Fall haben die Oesterreicher, die sonst immer etwas hinternach, die 50jährige Erinnerungsfest an die Revolution von 1848 zuerst und in durchaus wirkungsvoller und würdiger Weise begangen.

Die kriegerischen Ereignisse in der Türkei sollen hier nicht breitgetreten werden. Nur das soll betont werden, daß die Haltung des christlichen Deutschland in dem Kriege zwischen Griechenland und der Türkei ein durchaus seltsames und nicht befriedigendes war. Wie kommt ein Staat, in dem die Amtssprache beinahe als jedes zweite Wort Christenthum, Religion, christliche Ordnung, Sitte und Frömmigkeit anführt und Jahr für Jahr viele Millionen für neue Kirchenbauern und für Förderung religiöser Zwecke ausgibt, wie kommt ein so christlicher, gottesfürchtiger Staat dazu, die barbarischen Türken im Kriege gegen das christliche Griechenland, das ja eigentlich nur durch die empörenden Christenmordeien in den türkischen Provinzen unter die Waffen gerufen wurde, zu unterstützen? In Deutschland sperrt man Jeden wegen eines freien Wortes über religiöse Dinge Monate lang in's Gefängnis und im Orient unterdrückt man die mohamedanischen Türken, welche in den letzten zwei Jahren wohl mehr als 100,000 Christen grausam niedergemetzelt haben. Eine solche Haltung begreife, wer will.

Noch merkwürdiger wird diese Haltung durch den großen Schiffszug nach China wegen Ermordung zweier christlicher Missionäre und die Ausnutzung dieses ja allerdings bedauerlichen Vorganges für Schaffung einer neuen Schlachtflotte um den Preis einer halben Milliarde Mark. Das deutsche Volk ist noch immer ein Volk von Kindern, gutmüthig, folgsam, unterthänig der Obrigkeit bis zur Selbstentmannung. Ein Volk von 51 Millionen stößt, ein großes Volk von Schunkel und Intelligenz verzichtet darauf, bei der Entscheidung über Krieg und Frieden mitzuwirken und mitzureden, verzichtet auf das Recht der Mitbestimmung seines Heeres und seiner Marine, die ihm jährlich beinahe eine Milliarde Mark kosten und überläßt diese wichtigsten, das Sein oder Nichtsein berührenden Rechte einigen wenigen Personen. Denkt man über diesen Zustand mit allen seinen Eigenheiten und Be-

sonderheiten weiter kritisch nach, so erkennt man erst so recht die ganze arge Rückständigkeit der politischen Verhältnisse in Deutschland, man erkennt dann, daß mit der Selbstbestimmung des großen und intelligenten deutschen Volkes eigentlich noch kaum der Anfang gemacht ist.

Das zeigt ferner auch die innere Politik. Eine Handvoll Junker, in deren Wörterbuch weder Bescheidenheit und Rücksichten noch Gerechtigkeit vorkommen, versuchte im Sommer mit Aufgebot aller möglichen Mittel das preussische Volk um das elementarste Bürgerrecht, um das Vereins- und Versammlungrecht zu bringen, und da es nicht gelang, heißt es: aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die Rede, Zetteln, Stumm und Konferten werden ihre Entrechtungspolitik wiederholen und vielleicht siegen, wenn nicht die Sozialdemokraten mithelfen, die Macht des frechen Junkerthums zu brechen. Und da das Jahr zu Ende geht, sind die sächsischen Wahlrechtsräuber am Werke, einem großen Theile des arbeitenden Volkes in Sachsen das Vereins- und Versammlungsrecht zu rauben. Die Blut- und Geldsteuer der Verdrückten bleibt aber bestehen.

In Berlin hat es den obligaten Ministerumsturz gegeben. Berlepsch, Bötticher, Marschall, Holtmann, Rottenburg sind „lufanisiert“ worden und die neuen Männer, die Posadowsky, Bülow und Tirpitz bestätigen auf's Neue das alte Sprichwort: Es kommt nichts Besseres nach! Dieser Junker Posadowsky, der offenbar für die Aufgaben eines Grafen mehr Verständnis hat, als für die Aufgaben eines deutschen Ministers, ist der Mann Stumm's. Er fabuliert über die Sozialdemokratie, über Ausdehnung der Polizeiwirklichkeit, wo es sich um sozialpolitische Arbeiterforderungen handelt, fabuliert über Durchführung der Sozialreform, wovon man nichts merkt, beschönigt das vollständige Fehlen jeder arbeiterfreundlichen Vorlage im Reichstage und thut damit, was der Zentralverein der deutschen Industriellen beschlossen und der Stumm befohlen hat. Gegen Posadowsky war freilich Herr v. Bötticher noch der reinste Arbeiterminister. Nicht einmal die nothwendigen bescheidenen Verbesserungen der Unfallversicherung sollen durchgeführt werden, weil es die allmächtigen Großindustriellen nicht haben wollen. Darnach sind die Minister gleichzeitig die Diener der Krone wie des Kapitals, was indeß durch kein Widerspruchs und worauf die biblischen Worte: „Niemand kann zweien Herren dienen“ nicht anwendbar sind.

In der gleichen Linie bewegt sich die von der Regierung beliebte Zusammensetzung der Zentralstelle für Zollangelegenheiten, wobei ausschließlich schlot- und krantjunkerliche Schützjöhner berücksichtigt wurden, bewegt sich die Handwerkspolitik und liegt auch die Haltung des alten Hohenlohe, der die Bäckermeister wegen Abschaffung der Bäckerverordnung empfängt, die Bäckergefallen aber wegen deren Aufrechterhaltung kurzweg abweisen läßt. Der alte Aristokrat ist für Bäckergefallen nicht zu sprechen, was nur beweist, daß er nicht auf den Reichskanzlerposten gehörte. So endigt der Klassenstaat seine Klassenpolitik im Jahre 1897, wie er sie angefangen hat, ja sie ist um einige Grade noch schlechter geworden.

Wichtige Ereignisse sind auf wirtschaftlichem Gebiete zu verzeichnen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika übernahm im März der Hochschützjöhner Mac Kinley die Präsidentschaft und bereits am 24. Juli unterzeichnete er einen neuen Zolltarif, der ganz Europa in Aufregung versetzte und die Spannung noch heute anhält. Am 31. Juli kündigte England den seit 1865 mit Deutschland aufrecht erhaltenen Handelsvertrag, welches Ereigniß nicht minder große Bedeutung hat, namentlich angeht die Motive, aus denen die Kündigung erfolgte. Eine



Lösung beider Fragen, die das wirtschaftliche Leben Deutschlands tief berühren, steht noch aus.

Beide Ereignisse haben trotz ihrer großen Bedeutung die seit 1895 herrschende wirtschaftliche Prosperität nicht zu beeinträchtigen vermocht.

Die Fortdauer der Prosperität wie die arbeitserfreundliche Haltung der Unternehmer, worüber unsere Mittheilungen über den Verband der Maschinen-Industriellen helles Licht verbreiteten, haben wieder zahlreiche Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit zur Folge gehabt.

Zwei große Niesenkämpfe erlebten im verfloffenen Jahre auch die Metallarbeiter. In Dänemark wurden ca. 6000 unserer Kollegen ausgeperrt zu dem Zwecke, ihre Organisation zu vereiteln.

Ganz anders gestaltete sich der Kampf der englischen Maschinenbauer. Unsere Londoner Kollegen hatten den sehr blühenden Beschluß gefaßt, von der idealen Feier des 1. Mai und von der theoretischen Forderung des Achtstundentages überzugehen zu dem wirklichen Achtstundentag.

bereits eine Viertelmillion beigetragen haben, und man darf mit Gewißheit annehmen, daß der Kampf, nachdem er so lange geführt worden und so beispiellos große Opfer erforderte, nicht mit dem Triumph einer ausgearteten, größenwahnsinnigen Plutokratie, sondern mit dem Erfolge der Arbeiter endigen werde.

Auch in Deutschland hatten die Metallarbeiter viele und theilweise ebenfalls bedeutende Kämpfe durchzuführen, in denen, wenn auch nicht alles Gewollte, so doch manche schätzenswerthe Errungenschaft erreicht wurde.

Es muß also jeder Einzelne seine Pflicht thun, um das Ganze vorwärts zu bringen und in diesem Sinne rufen wir unseren Kollegen und Genossen zu: **Proxit Neujahr!**

**Zur Lage des in den deutschen Marinebetrieben beschäftigten Personals.**

Dem Reichstag ist eine amtliche Zusammenstellung über Lohn- und Arbeitszeit der in der Marine Beschäftigten zugegangen, woraus die „Leipz. Volksztg.“ wichtige Mittheilungen macht.

Wie steht es nun die Arbeitszeit? Es betrug die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes für das Personal (die Unterbeamten) einschließlich der Arbeiter der kaiserlichen Werften und der Torpedowerkstatt (Bureaupersonal, Personal im Werkstatz, im Außen-, im Magazinbetrieb, für Deck, Bagger, Pfortner, Wächter, Hausdiener, Boten, Lieger, Schiffsdienst, Brückenwärter, Schurmannschaft, insgesammt 1785 Mann) für

Table with 2 columns: Number of workers and working hours. 712 bis 8 Stunden, 8 9, 910 mehr als 9 10, 18 10 11, 52 11 12, 9 12 13, 76 14 15.

Am günstigsten war das Bureaupersonal in den Haupt-, Meßort- und Betriebsbüros und in den Zeichenbüros gestellt, die fast durchgängig den Achtstundentag hatten (647 Mann). Das Hauptkontingent an der zehnstündigen Arbeitszeit stellten das Personal im Werkstatz, Außen-, im Magazinbetrieb und das auf den Deck, Baggern usw. thätige.

Wir kommen jetzt von den Beamten zu den Arbeitern der Marineverwaltung. Auf den kaiserlichen Werften Danzig, Kiel, Wilhelmshaven werden, und zwar verhältnismäßig Ausnahmen abgerechnet, in Tagsschichten mehr als 9 bis 10 Stunden beschäftigt:

- 9848 Werftarbeiter, 582 Magazinarbeiter, 1094 Hojarbeiter, 289 Hafensarbeiter, 801 Torpedowerkstattarbeiter, 343 Arbeiter, 71 Arbeiterinnen der Artilleriedepot's, 81 Arbeiter in den Minendepot's.

Nur 64 Arbeiter schaffen in Tag- und Nachtschichten, für 13 387 beträgt die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes mehr als 9-10 Stunden, 8 arbeiten mehr als 15-18, 114 mehr als 14-15 Stunden (106 Hafensarbeiter, 8 Wächter). Son-

den regelmäßig in Tag- und Nachtschichten beschäftigten Personen arbeiten 2 in 8-, 3 in 10-, 59 in 12stündigen Schichten.

Dazu wird bemerkt: „1. Pausen. Im Allgemeinen wird in die Arbeitszeit eine Frühstückspause von 15 Minuten eingelegt, die meist in die Zeit zwischen 8 und 9 Uhr Vormittags fällt. In einigen Betrieben besteht außer einer Frühstückspause aus betriebstechnischen Gründen noch eine Nachmittagspause. Für einige Betriebe bestehen keine festen Pausen, es ist dann gestattet, Erfrischungen auf den Arbeitsstellen einzunehmen. Für die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren sind die gesetzmäßigen Pausen festgesetzt. 2. Ueberstunden werden grundsätzlich möglichst vermieden. 3. Sonntagsdienst. Sonntagsdienst wird grundsätzlich vermieden und nur angeordnet, wo die Aufrechterhaltung eines geregelten Betriebes bezw. die fortlaufenden Heizungs- und Erleuchtungsarbeiten ihn unbedingt erfordern, oder bei besonders bringender Veranlassung. 4. Abgekürzte Arbeitszeit. An Arbeitsstellen, in denen der Feuergefahr oder sonstiger Gründe wegen künstliches Licht nicht verwendet werden darf, wird im Winter nur 9, 8 bezw. 7 Stunden gearbeitet, und zwar im Allgemeinen etwa:

Table with 2 columns: Weeks and hours. rund 8 Wochen 9 Stunden, 6 8, 6 7.

Die Tag- und Stundenlohnempfänger erhalten dann bei 7- und 8stündiger Arbeitszeit eine Winterlage von 40 J bezw. 20 J für den Tag.“

Table listing professions and wages: Ueber die Tagesbefehle und Löhne der Gehilfen, Hilfsbediensteten und Arbeiter der Marineverwaltung gibt folgende Uebersicht Auskunft: Ausrüstungs- und Hafenbauhandwerker (Tasler, Segelmacher, See- und Zimmerleute, Schleusenarbeiter, Maurer usw.) 3,50; Schiffsbauhandwerker (Schiffsbauer, Schiffszimmerleute, Schmiede, Schlosser, Tischler, Maler usw.) 4,26; Maschinen- und Torpedohandwerker (Maschinenbauer, Former, Kesselschmiede, Kupferschmiede, Metalldreher usw.) 4,62; Maschinenwärter, Kesselswärter, Heizer 3,53; Wächter, Boten, Bureau- u. Hausdiener 3,35; Schreibkräfte (Hilfsarbeiter, Werkstatzmagazinhelfer, Lohnschreiber, Drucker zc.) 3,83; Handlanger 2,90; Lehrlinge und Jungen 1,30; Arbeiterinnen (Wäscherinnen, Flickerinnen zc.) 2,16.

Das 30fache der oben angeführten Sätze ergibt nach der amtlichen Deutschschrift den Jahresverdienst der einzelnen Arbeiter zc. Klassen.

Daß diese Löhne hoch seien, wird Niemand behaupten. Der „staatliche Musterbetrieb“ verfolgt die Lohnpolitik, die Privatunternehmer nicht durch bessere Entlohnung der Reichs- und Staatsbetriebe zu „heimmurigen“. Abgesehen von den Betriebskrankenkassen und den Einrichtungen für Alters- und Invaliditätsversicherung bestehen bei jeder der drei kaiserlichen Werften Werftarbeiterunterstützungskassen, denen alle anderen Marinebehörden des Stationsbereiches angegeschlossen sind.

„Der Fonds dieser Kasse“ wird gebildet durch Abführung eines Prozentsatzes der Rente- und Pensionen bezw. Löhne der Arbeiter an die Werftkasse. Dieser Lohnabzug wird vom Reichsmarineamt festgesetzt und darf höchstens 2 1/2 Prozent betragen. Außerdem fließen in diese Zwangskasse die Straf-gelder.

Den Werftarbeitern wird hier auf dem Wege des Dekrets die „Wohlthat“ der Unterstützungskasse aufgezwungen, ein Prozentsatz der Entlohnung, den sie z. B. für eine von ihnen nach freiem Ermessen ausgewählte Versicherung hätten verwenden können, fließt in die Werftkasse. Aber ein Recht auf Unterstützung aus dieser Zwangskasse haben sie nicht. Ausdrücklich heißt es in der amtlichen Darstellung: „Ein Rechtsanspruch auf vorstehende Unterstützungen steht dem Unterstützten nicht zu.“

Es steht in dem diskretionären Belieben der Verwaltung, ob und wen sie unterstützen soll. Jeder, der sich mißliebiger gemacht hat, der „verdächtig“ ist, nicht besonders „loyal“ zu sein, läuft Gefahr, trotz seines eingezahlten Geldes leer auszugehen. Auch diese „Wohlfahrts“einrichtung trägt also den Stempel der bureaukratischen Willkür, sie ist dazu geeignet, die Selbständigkeit des Einzelnen zu lähmen, ihn zu schweigender Abhängigkeit zu nöthigen.

Die Unterstützungen werden „in Fällen wirklicher Noth und Hilfsbedürftigkeit“ gewährt: a) an Arbeiter während ihrer Beschäftigung als einmalige außeror-



entliche Unterstüßungen; b) an Arbeiter und Werkführer nach ihrer Entlassung: 1. als laufende Invalidenunterstützung auf Zeit, 2. als einmalige Invalidenunterstützung; c) an die Hinterbliebenen verstorbener Arbeiter und Werkführer: 1. als Wittwenunterstützungen, 2. als Erziehungsbeihilfen.

Einmalige außerordentliche Unterstüßungen sollen den Betrag von 100 M nicht übersteigen und im Laufe eines Rechnungsjahres an ein und dieselbe Person höchstens zweimal gewährt werden.

Ueber die eingehenden Unterstüßungsanträge werden die von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählten Vertrauensmänner gehört. Ueber einmalige Unterstüßungen entscheidet — mit geringen Einschränkungen — der Oberwerksdirektor, über laufende der Staatssekretär des Reichsmarineamtes. Laufende Invalidenunterstützung darf in der Regel nur solchen Arbeitern und Werkführern gewährt werden, die das 60. Lebensjahr erreicht und mindestens 20 Jahre bei Marinebehörden gearbeitet haben.

Die von den Arbeitern „gewählten“ Vertrauensmänner — man weiß, was die Arbeiterausschüsse und „Wahlen“ in Staatsbetrieben bedeuten — sollen „gehört“ werden. Bei der straffen militärischen Disziplin wickelt sich dies Verfahren sicherlich nach Wunsch ab.

Die Invalidenunterstützung, die den Monat für Werkführer 50 M (pro Jahr steigend um 3 M), für Arbeiter je nach dem Tagelohn 30 (bei 3,20 M Tagelohn) 26 (M 2,80—3,20), 22 (M 2,40—2,80), 18 (bis M 2,40) beträgt — sie steigt um M 1,50, 1,20, M 1, 80 J pro Jahr, wurde am Schlusse des Jahres 1896/97 an 269 Mann ausbezahlt.

Der Bestand des auf die Klasse angewiesenen Personals betrug damals 13 947 Köpfe; von den Invaliden waren 11 bis 40, 27 von 41—50, 27 von 51—60, 85 von 61—70, 119 über 70 Jahre alt.

So wenig diese Unterstüßung namentlich als Zuschuß zur Reichsinvalidenrente zu unterschätzen ist, so wird er doch nur einer kleinen Anzahl Begünstigter zu Theil. Wie viele Arbeiter erreichen das sechzigste Lebensjahr, wie viele sind ununterbrochen zwanzig Jahre im Marinebetrieb thätig?!

Einen gewissen Schutz vor Lotterkredit bieten die Einrichtungen der Hilfskasse der Torpedowerkstatt und die Darlehenskasse der Kieler Werft. In Kiel können Arbeiter aus dem Kontinentsfonds einen unverzinslichen Vorschuß in Höhe bis zu 50 M erhalten, der von ihnen in kleinen Raten — meist 2 M alle 14 Tage — zurückgezahlt wird. „Die Benutzung der Pfandhäuser“, sagt die Zeitschrift, „ist wesentlich dadurch eingeschränkt worden.“ Ein Rechtstitel darauf aber besteht nicht. Die Arbeiter „können“ solch einen Vorschuß erhalten, heißt es ausdrücklich. Auch diese Einrichtung wird so zu einem Mittel, die Arbeiterschaft in strenger Zucht zu halten und jeden Versuch einer sozialen Bewegung, einer Organisation niederzudrücken.

Bei der Eigenart des Betriebes, der die Arbeiter in Bezirken konzentriert, wo Mangel an Arbeiterwohnungen ist, mußte der Marinefiskus für fiskalische Arbeiterwohnungen sorgen, so in Wilhelmshaven, Vant und Friedrichsort.

Auch Gartenland wird in Parzellen (nur für Gemüse- und Gartenbau) vom Fiskus verpachtet. Ebensov wenig fehlt es an Kinderbewahranstalten, Speiseanstalten, Kantinen, Konsumanstalten, an erleichteter Kohlenbeschaffung, an Fürsorge für erfrischende Getränke. Wärmeverrichtungen für Kaffee und Essen sind gleichfalls eingerichtet und werden natürlich viel benutzt. Verständig ist es, daß in Kiel neu eintretenden mittellosen Arbeitern für die zwei ersten Lohnperioden auf Wunsch Speisekarten vorzuschußweise für die Speiseanstalt der Werft verabfolgt werden. In Friedrichsort ist eine von den Arbeitern geleitete Konsum- und Sparanstalt eingerichtet worden.

Für die jugendlichen Arbeiter sind in Kiel und Friedrichsort Spielplätze eingerichtet, jeden Sonntag werden unter Leitung hierfür ausgebildeter Lehrer Jugendspiele veranstaltet. Ähnlich ist es in Danzig.

Für Auskunft- und Rathhertheilung, namentlich in Versicherungsfragen, sind in Danzig Sprechstunden angelegt, in denen Beamte Auskunft geben; in Kiel ist ein Rechtsanwält beauftragt, den Werftarbeitern in Streitfachen Rath zu erteilen. Die Sprechstunde kostet 1 M, 50 J zahlt der Arbeiter, 50 J der Kontinentsfonds. „Die Einrichtung“, heißt es, „hat sich bewährt, zur gerichtlichen Klage kommt es selten.“

In Danzig, Friedrichsort, Kiel und Wilhelmshaven ist für Badebelegenheit (Brausebäder, Seebäder, Bannenbäder) gesorgt. Aus Danzig wird geklagt, daß 1896/97 2000 Badekarten für das städtische Volksbrausebad unentgeltlich an die Werftarbeiter abgegeben wurden, leider auch weniger als in den Vorjahren.“

Bibliotheken (unentgeltliche Benutzung) gibt es in Wilhelmshaven, Vant, Friedrichsort. Alle werden stark benutzt.

Aus Vant wird berichtet: „Am meisten gefordert werden illustrierte Zeitschriften, gute Unterhaltungsschriften, altdeutsche Sagen; demnächst Kriegsschilderungen und Reisebeschreibungen.“ Aus Wilhelmshaven: „Die Bibliothek besteht aus 575 Werken mit 718 Bänden und wird sehr stark benutzt, im Etatsjahr 1896/97 von 138 Beamten und 645 Arbeitern.“ Aus Friedrichsort: „Die Benutzung ist sehr stark, wöchentlich werden im Sommer etwa 250, im Winter 400 Bände ausgeliehen, im letzten Jahre sind 16,000 Bände gemischt. Am liebsten werden gute Romane und Zeitschriften und belehrende Werke technischen Inhalts gelesen. Die Arbeiter sind bei der Verwaltung der Bibliothek theilhaftig.“ Aus Kiel: „Eine Bibliothek von 450 Bänden aus Kontinentsfonds ist begründet. Sie ist einmal in der Woche Abends geöffnet. Sie wird vielfach in Anspruch genommen und entspricht noch nicht den Bedürfnissen, weshalb ihre Erweiterung in Aussicht genommen ist.“ Aus Danzig wird nichts Derartiges gemeldet.

In den Orten, wo eine starke sozialdemokratische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ist, versteht sich der starke Verbrauch geistiger Nahrung von selbst. Daß freilich politisch-soziale Aufklärungsliteratur in diese Bibliotheken nicht eindringt, versteht sich.

Und welcher Tendenz die Zeitungen huldigen, die in der Friedrichsorter Speiseanstalt ausliegen, braucht man nicht erst zu fragen.

Nur die Lektüre wird gebildet, die den Interessen der herrschenden Klasse dient.

Sache der organisierten Arbeiter in Vant, Wilhelmshaven, Friedrichsort, Kiel und Danzig ist es, die amtlichen Angaben der Zeitschrift einer sachlichen Kritik zu unterziehen.

### Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.

(Fortsetzung.)

Auf diesem Kongresse brach eine Krisis zwischen Broussé und Allemane aus, deren Keim schon lange im Schooße der Partei festlag. Es handelte sich um eine Disziplinfrage, in Wirklichkeit aber war es ein Konflikt zwischen der gemäßigten Tendenz in politischer Hinsicht und der korporativen und revolutionären Tendenz in der Partei, zwischen Angestellten und Arbeitern. Bis zu dieser Trennung waren die Possibilisten von den Guesdisten des Moderantismus (gemäßigtes Regierungssystem) und der Verrätherei angeklagt.

M. Paul Lafargue schrieb in der „Neue Zeit“, 1890, S. 351:

„Die Marxisten und die Blanquisten haben an allen volkstümlichen Bewegungen, welche durch politische und ökonomische Ereignisse eingetreten sind, theilgenommen, sie sind eingetreten für die Arbeitslosen, für die Bergleute von Decazville, welche den Leuteschinder, Ingenieur Watrin, gelyncht. Die Possibilisten haben im Gegentheil stets ihre Feindseligkeit allen diesen Bewegungen gezeigt, sie haben sich bemüht, jede Straßenagitation und Alles, was nicht einen exklusiv parlamentarischen Charakter, d. h. bürgerlichen, trug, zu ersticken.“

Jetzt, nun sich Broussé und sein Generalstab von Allemane getrennt, werden es die Allemanisten sein, welche dieselben Vorwürfe gegen die Marxisten kehren werden, und auf dem Kongresse zu Nantes 1894 wird eine Scheidung der sozialistischen Gewerkschaften statt haben (diese waren seit dem Gesetz von 1884 immer vereint in einem einzigen jährlichen Kongresse) auf die Frage: Parlamentarismus oder Revolutionarismus? und es werden die Guesdisten mit dem Parlamentarismus sein, welche sich intolerant und unveröhnlich zeigen werden.

Zwei Sachen haben diesen außerordentlich schnellen Umschwung zu Wege gebracht; der Wahlerfolg der Guesdisten und die Gründung und Entfaltung der Arbeiterbörsen nach der Trennung zu St. Etienne 1882, während, wie wir gesehen haben, die Marxisten nicht von ihrem Programm loslassen wollten, es ausschließlich die Aufhebung des Privatbesitzes im Auge hat. Die Possibilisten, damals bedeutend zahlreicher und einflussreicher in den Gewerkschaften, hielten ihr Ideal, die kollektivistische Zukunfts-gesellschaft, hoch, obgleich sie sich praktischen Fragen zuwandten; z. B. suchten sie sich der besten Mittel zu versichern, die Interessen der Arbeiter in der gegenwärtigen Gesellschaft zu vertreten und auch ihrer Idealforderung Geltung zu verschaffen in dem gewählten Körper. Von 1881 an, als Joffrin in die Stadtverordneten-Versammlung von Paris eintrat, erhöhte sich nach jeder Wahl ihre Zahl und

ihre Einfluß im Schooße dieses Rathes. 1890 waren es schon acht Stadtverordnete. Man schuf eine Kommission für Arbeiterfragen, für öffentliche Arbeiten; Lohnfestsetzung und Arbeitszeit wurden in die Arbeitskontraktbücher aufgenommen.

Eine Arbeiterbörse, von der man schon seit 1884 sprach, wurde am 28. April 1887 Rue Jean Jacques Rousseau eröffnet, in einem provisorischen Lokal unter Schutz des Municipalrathes und einer jährlichen Subvention von Frs. 20,000. Die gesetzlichen und ungesetzlichen Gewerkschaften waren hier ohne Unterschied zugelassen. Im Jahre 1892 wurde sie in das geräumige Gebäude verlegt, worin sie heute noch ist, mit einer jährlichen Subvention von Frs. 100,000. Die Verwaltung wurde den Arbeitergewerkschaften überlassen. Die erste Idee der Arbeiterbörsen ist nicht aus der Mitte der Arbeiter hervorgegangen. Sie wurde das erste Mal 1843 von Herrn von Molinari gekauert. Der natürliche Zweck ist die Tarifirung der Löhne, Arbeiterstatistiken und Ersetzung der Arbeitsnachweiskbürens durch die Börse, einer der wichtigsten Punkte der Arbeiterforderungen. Aber in dem Maße, wie die Arbeiterbörsen sich entfalteten, wuchs ihr Einfluß, den sie durch ihren Mechanismus allein ausübten, und sie versuchten, die Arbeiterorganisation dem politischen Einfluß zu entziehen oder wenigstens zum Nutzen der rein gewerkschaftlichen Tendenzen zu vermindern. — Seit dem Gesetz von 1884 haben sich in Frankreich Verbände nach Branchen und lokalen Föderationen gebildet; aber obwohl die letzteren theoretisch Allen offen waren, umfaßten sie in Wirklichkeit nur die Gewerkschaften, welche zu denselben politischen Gruppen gehörten. In den Arbeiterbörsen genügte dagegen die Existenz einer Gewerkschaft, um neben der anderen Platz zu nehmen, es bedurfte dazu nur der Annahme eines Reglements und nicht eines politischen Programms. Durch Politik getrennte Gewerkschaften und Gruppen begegneten sich in der Arbeiterbörse. Sie erkannten, daß nur die ökonomischen Fragen sie vereinten. Infolge der Vortheile, die die Börse bietet, zieht sie Leute an sich, die sich nur mit ihren ökonomischen Interessen befassen und sich wenig um sozialistische Versammlungen kümmern, aber gerade diese sind der sozialistischen Propaganda zugänglich. Herr Sombart schreibt:

„Die Schaffung von Arbeiterbörsen ist ein Beweis, mit welcher Macht ein Theil der Gewerkschaftsbewegung sich in Frankreich entfaltet. . . . Die französischen Arbeiter, bis heute revolutionär und politisch, beginnen sich nur der ökonomischen Thätigkeit zu widmen, im Gegensatz zu den Engländern, die Gesplogenheiten verrathen, welche schließen lassen, daß sie sich von dem nur Ökonomischen entfernen, trotz der Abneigung der „Trade-Unions“ gegen den Sozialismus des Festlandes.“

Diese Wirkung der Arbeiterbörsen kam nur nach und nach. Kaum gegründet, wurden sie in Paris das Kampffeld der Politiker und Revolutionäre. Die Possibilisten, um welche sich die Mehrheit der Pariser Gewerkschaften vorher gestellt, war vorherrschend, aber sie konnten dem Masseneintritt anderer Gewerkschaften nicht standhalten, welche überall spontan ins Leben traten insofern des Streiks der Pariser Omnibus-Angestellten, und welche der Börse anarchistischen Gährstoff zur Revolte und Insubordination gegen alle Disziplin mitbrachten. Der Kampf wurde in dieser Zeit noch verschärft durch die Politik in der Boulangistenfrage. Die Ernennung des Bürger Ribot zum Mitglied der „Commission supérieure du travail“, gegründet im Anfang 1891, schlug dem Faß den Boden aus. Ein wahrer Staatsstreik spielte sich an der Börse ab. Die Exekutivkommission wurde mit Gewalt gestürzt in einer Nacht. Die Possibilisten wurden angeklagt, sich der Börse zu bedienen, um ihre Organisationen zu subventioniren, sie wurden verjagt durch die Allemanisten, welche vorgaben, die Politik von der Börse fernzuhalten und sie nur der Revolution dienstbar zu machen. Die Unternehmer gingen nicht mehr nach der Arbeiterbörse und der Arbeitsnachweis war lahmgelegt. Die Pariser Arbeiterbörse war von dieser Zeit die Zentrale der revolutionären Gewerkschaften, feindlich dem Gesetz von 1884. Sie schlossen die Arbeiter derjenigen Gewerkschaften aus, welche des Moderantismus verdächtig waren. Sie veröffentlichten das „Journal de la Bourse du travail“ (Zeitung der Arbeiterbörse) gegen Kapitalismus und Arbeitgeber, organisierten öffentliche Versammlungen, errichteten eine Streikkasse und bereiteten den Generalkrieg vor. Sie sandten Delegirte nach verschiedenen sozialistischen Kongressen, und einer von ihnen, Mr. Chauffe, Municipalrath von Paris, veröffentlichte einen strategischen Plan für den Bürgerkrieg. Man errichtete Cadres, wie 1871. Die Delegirten der Bataillone der Nationalgarde bildeten das Zentralkomitee und organisierten die Kommune.

Nun regte sich die Regierung. Der Minister des



Imern, Herr Dupuy, forderte von den Irregulären, bis dahin gebildeten Gewerkschaften, sich vor dem 5. Juli 1893 dem Gesetz von 1884 zu unterstellen. Auf ihre Weigerung wurde die Börse geschlossen. Am 7. Juli veröffentlichten die Gewerkschaften einen insurrektionellen Protest. Dieser Aufruf an die Pariser Bevölkerung trug die Unterschriften Lafargue, Saurès, Brouffe, ohne Parteunterschied. Die Arbeiter sollten sich auf den Generalstreik vorbereiten. Die Guesdisten betrachteten die Schließung der Börse, welche der Herd der revolutionären Bewegung geworden, mehr als einen ihnen, als der bedrohten Gesellschaft geleisteten Dienst, denn die Führung war ihnen entschlüsselt. In einem Artikel des „Matin“ wünschte Herr Guesde den Herrn Minister Dupuy, daß er mit seinen Polizeitruppen zu Pferde die „gewerkschaftliche und korporative Sadgasse“ versperre, in welcher sich eine zu große Anzahl Arbeiter vertrieben wollten.

„Der Minister — so fügte Herr Guesde hinzu — hat die ganze Arbeiterpartei wieder auf die politische Bahn gedrängt, den einzig richtigen Weg der Sozialisten, fürderhin überzeugt, daß es außer der Bestrengung der Regierung durch die Arbeiter keine Wohlfahrt, keine Befreiung der Arbeit gibt.“

Der Umschwung in der Stimmung der Marxisten kam von ihrem wachsenden Erfolg bei den Wahlen. Seit Bildung ihrer Partei hatten sie zwar nie den Wohlstand verschmäht, aber, wie wir aus den vorher gitierten Worten Lafargue's ersehen, sie hatten der revolutionären Aktion immer den Vorzug gegeben, und gerade diese Taktik führte sie zur Trennung in St. Etienne. Seit 1882, wo sie in allen Wahlkörpern Fortschritte machten, stellten sie sich als vorläufiges Ziel die Eroberung der Municipalitäten und der Deputiertenkammer. Bei den Wahlen 1892 errang in der Provinz die Arbeiterpartei unter Guesde einen Vorsprung gegen die Possibilisten, welche ihnen bis dahin im Municipalrat von Paris voraus war. Sie vereinigte 160,000 Stimmen und gewann in 29 Stadthäusern die Oberhand, unter ihnen Roubaix und Montluçon. 1890 erzwangen die Sozialisten verschiedener Parteien den Eintritt in die Deputiertenkammer, indem sie sich geistlich den Bonlangismen zu Stütze machten, die Einen als Verbündeten, die Anderen als Gegner Boulanger's. Ein Duzend hielten ihren Einzug in die Kammer, davon bildeten sieben eine sozialistische Fraktion und wählten Guesde, welcher nicht gewählt war, zu ihrem Sekretär.

Endlich, 1893 — dank der „Union socialiste“ —, wurden circa 30 Deputierte gewählt und bildeten, verbunden mit den radikalen Sozialisten, eine Partei von 60 Mitgliedern. Die Guesdisten allein schrieben sich, doch nicht ohne Uebertreibung, 246,000 Stimmen in 31 Kreisen zu. Sie wurden seitdem sozialistische Opportunisten, sie sich die gesetzliche Eroberung der Majorität durch Wahlen zu verschaffen suchten und die in ihr Programm die Verteidigung des bäuerlichen Kleinbäuerlichen aufnahmen. Sie spielten sich als die Beschützer der Bauern und Beamten auf und hielten trotzdem das sozialistische Prinzip aufrecht, und dadurch geriethen sie in Konflikt mit Arbeitern und Gewerkschaften, welche vom Pariser insurrektionellen Geiste durchdrungen waren. Für diese (durch die Wahlen weniger begünstigten, aber Herren ihrer Deputierten, welche nur einfache Gewerkschaftler mit einem imperativen Mandat (gebundene Marschkolonnen) versehen), waren die Guesdisten verdächtige Politiker, Herrschsüchtige, gegen welche sie ein durch die Geschichte dieses Jahrhunderts nur zu sehr gerechtfertigtes Mißtrauen hegten. Durch diese Sachlage erklärt sich die Trennung auf dem Kongreß zu Nantes 1894.

Im Jahre 1892 wurde auf einem Kongreß zu St. Etienne eine Föderation der Arbeiterbörsen gegründet, organisiert in 11 Städten und 500 Gewerkschaften umfassend. Auf einem zweiten Kongreß, welcher in Toulouse 1893 tagte, wurde vom Föderations-Komitee der Arbeiterbörsen der Vorschlag gemacht, einen National-Kongreß aller Gewerkschaftskammern und aller korporativen Gruppen einzuberufen. Am Tage nach dem Schluß der Arbeiterbörsen von Paris beschloß der Nationalkongreß, welcher dort im Juli versammelt war, einen Fragebogen an alle Gewerkschaftler betreffs des Generalstreiks zu versenden. Schließlich schlug man vor, nur einen Kongreß, im nächsten Jahre zu Nantes, von der Föderation der Arbeiterbörsen und der nationalen Föderation der Gewerkschaftskammern abzuhalten, trotz der Opposition der letzteren, deren Gründe „man nicht nachspüren wollte“. Aber war es nicht möglich, die Vereinigung aller Gewerkschaftler um jeden Preis zu bringen?

Die Guesdisten protestierten energisch dagegen, nur einen korporativen Kongreß abzuhalten. Wir sagten schon, wie wenig günstig sie den Arbeiterbörsen waren, da sie, wie Mr. Guesde, sagt: „die Arbeiter heranzü-

haben“. In Roubaix, der heiligen Stadt des Mr. Guesde, war keine Arbeiterbörsen organisiert, trotzdem sie auf dem Municipalprogramm figurirte, aber es hatte sich „noch kein Bedürfnis dafür fühlbar gemacht“. Die Arbeiterbörsen, sagt ein Zirkular, des Mr. Lavigne aus Bourbeaug, die Bibliotheken, die maisons du peuple (Volks Häuser) u. s. w. sind für das Bedürfnis der Gewerkschaften geschaffen worden, sie dürfen sie nicht unterordnen, ihre Zahl nicht verringern. Als einfaches Instrument für den Dienst der Gewerkschaften, macht sich die Föderation der Börsen an, die Stelle der nationalen Föderation einzunehmen, welche eine so ruhmvolle Vergangenheit, welche den Pariser internationalen Kongreß 1889 zusammenberufen, welche den 1. Mai beschlossen hat. Unter der Ausrede der Verschmelzung und freundschaftlichen Union will man die Provinz zurücksetzen vor Paris, den Sitz der Föderation der Börsen. . . . Die Traditionen der korporativen Kongresse, ihre früheren Statuten sind vergewaltigt. Kurz, die Guesdisten widerlegten sich, daß man die Gewerkschaften befrage über die Opportunität eines einzigen Kongresses. (Die Brouffisten machten den Guesdisten dieselben Vorwürfe.) Sie wurden überstimmt; die Mehrzahl der Gewerkschaften erklärte sich für einen Kongreß der beiden Föderationen.

Die Frage des Generalstreiks stand auf der Tagesordnung.

Die Guesdisten hielten ihren politischen Kongreß am 15. September 1894 in Nantes ab, acht Tage vor den korporativen und verurtheilten das Prinzip des Generalstreiks, welchen sie 1890 in Lille verurtheilten, und unter welchen sie im Juli 1893 ihre Unterschrift gesetzt, in dem Manifest gelegentlich der Schließung der Arbeiterbörsen von Paris. Seitdem sie in das Parlament eingezogen, wollten sie nichts mehr vom Generalstreik wissen.

Gleichzeitig behandelten sie auf ihrem Kongreß zu Nantes den ländlichen Kleinbesitz mit der größten Schonung, während sie zu Havre 1889 sich für Expropriation auf schnellstem Wege ausgesprochen. Trotzdem hatten die Festigen über die Schläuen, die Gewerkschaftler über die Politiker den Sieg davongetragen, denn der Generalstreik wurde mit 63 gegen 36 Stimmen, bei 9 Stimmentzückungen, beschlossen. Nach heftigen Szenen in der folgenden Sitzung zog sich die guesdistische Minderheit vom Kongreß zurück.

Es verfiel sich eine Trennung in umgekehrtem Sinne, als die im vergangenen Jahre auf dem internationalen Kongreß zu Zürich zwischen Parlamentariern und Revolutionären.

Die korporativ-sozialistische Bewegung, geeint seit dem Gesetz von 1884, wenigstens in den Kongressen, war diesmal in zwei Theile zerfallen, und 1895 hielten sie zwei Kongresse ab: die Föderation der Gewerkschaftskammern (Guesdisten) zu Troyes, welche ungefähr die Hälfte der auf dem Kongreß zu Nantes anwesenden Organisationen zählte, und der siebente national-korporative, organisiert vom National-Arbeiter-Rath, zu Limoges. Auf diesem Kongreß hatten die Guesdisten noch einige Freunde. Seitdem hat man von den föderierten Arbeiterkammern nichts mehr gehört, sie haben 1896 keinen Spezialkongreß mehr einberufen. Die Guesdistischen Gewerkschaften haben sich 1896 auf dem Kongreß zu Lille und am Vorabend des internationalen Kongresses von London den politischen Gruppen angeschlossen. Nach London trug man den Streit zwischen den französischen Sozialisten, und man kann sagen, daß er fast die ganze Zeit dieses Kongresses in Anspruch genommen, zum großen Ärger der Trades-Unionisten Englands.

Schon die vorhergehenden internationalen Kongresse mußten sich mit diesen Streitigkeiten befassen. In Brüssel 1891 gab es zwei verschiedene Berichte über die sozialistische Bewegung in Frankreich, der eine von der französischen Arbeiterpartei (Guesdisten), der andere von der sozial-revolutionären (Allemanisten). In Zürich 1893 wurden die Anarchisten ausgeschlossen. Aber die Marxistische Mehrheit glaubte, erkenntlich sein zu müssen für die politische Thätigkeit und beschloß die Zulassung der Gewerkschaften auf den zukünftigen internationalen Kongressen. Die Frage, ob die korporative Aktion sich der politischen unterordnen müsse oder umgekehrt, trat scharfer auf dem Londoner Kongreß in den Vordergrund: Herr Dalle sagte: „Die politischen Führer wollen Versöhnung schaffen zwischen Anarchisten und Gewerkschaftlern, weil diese ihre Zustimmung zu einer politischen Schule verweigern.“

Die Herren Deputierten Millerand und Saurès kamen zum Londoner Kongreß ohne Mandat, um den Vorrang der politischen Aktion mehr hervorzuheben; sie maßten sich an, daß die Gewerkschaftler, mit einem regulären Mandat versehen, vom Kongreß ausgeschlossen werden sollten. Sie blieben in der Minderheit, verlangten eine Trennung und ein getrenntes Abstimmen

für die französische Delegation. Das Tischstuch wurde vollständig entzweiggeschnitten zwischen Gewerkschaftlern und den nurpolitischen Parlamentariern, welche die Methode der politischen Evolution (Schwenkung) an Stelle der gewerkschaftlichen Evolution oder Revolution setzen wollten.

(Fortsetzung folgt.)

### Amerikanische Sicherheits-Dampfkessel.

Wenngleich die regelmäßige Untersuchung der Dampfkessel-Anlagen bei uns mit ziemlich strenger durchgeführt wird, meldet doch die Statistik in jedem Jahre eine mehr oder minder große Zahl von Dampfkessel-Explosionen. Im Jahre 1896 explodirten im Deutschen Reich 20 Dampfkessel; getödtet bezw. binnen 48 Stunden nach dem Unfall gestorben sind dabei 10 Personen, schwer verwundet wurden 2, leicht verwundet 13. Als mutmaßliche Ursache der Explosion gilt in 8 Fällen Wassermangel, in drei Fällen verbunden mit unachtsamer Wartung, in zwei Fällen mangelhaftes Material, in zwei Fällen örtliche Bleichschwächung, in je einem Falle Materialfehler, zu hohe Dampfspannung, mangelhafte Ausbesserung, alter Materialriß, Kesselstein, Schlammansammlung, ungenügendes Material, ungenügende Schweißung eines Rohres. Insgesamt betrug in den letzten 20 Jahren die Zahl der Explosionen 332 und der dabei Verunglückten 785, von denen 236 getödtet, 159 schwer und 370 leicht verletzt wurden.

Daher ist es denn erklärlich, daß die moderne Technik auf dem Gebiet des Dampfkesselbaues bestrebt ist, die Konstruktion der Kessel und der dazu gehörigen Sicherheitsvorrichtungen möglichst so zu vervollkommen, daß Explosionen nach jeder Richtung hin vorgebeugt werden. An einen guten Dampfkessel werden daher mit vollem Recht folgende Anforderungen gestellt:

- a) Die besten gebräuchlichen Materialien, Einfachheit der Konstruktion, beste Arbeit, Dauerhaftigkeit und billige Instandhaltung.
- b) Ein Schlammfänger, um die im Kesselwasser enthaltenen Unreinigkeiten an einer Stelle zu sammeln, wo die Einwirkung des Feuers nicht mehr besteht.
- c) Dampf- und Wasserinhalt genügend, um Änderungen im Druck oder im Wasserstande auszuschießen.
- d) Ein großer Wasserpiegel, um die Entwicklung des Dampfes ohne Schlamm zu gestatten.
- e) Eine beständige und gründliche Zirkulation des Wassers im Kessel, um sämtliche Theile in derselben Temperatur zu erhalten.
- f) Eine Theilung des Wasserraumes in Sektionen, derartig eingerichtet, daß, im Falle eine Sektion schadhaft wird, keine allgemeine Explosion stattfinden kann und die schädlichen Wirkungen auf ein Ausfließen des Inhalts beschränkt werden; große freie Verbindungen zwischen den einzelnen Sektionen, um die Wasserstandsstände und den Druck in sämtlichen gleich zu erhalten.
- g) Ein Uebermaß von Stärke in der Konstruktion über jede vernünftige Lastrengung der Theile, so eingerichtet, daß eine ungleiche Ausdehnung der Theile nicht übermäßig anstrengen kann und, wenn möglich, keine Verbindung der direkten Einwirkung des Feuers aussetzt.
- h) Ein Verwehrraum, so eingerichtet, daß die im Feuerungsraum entzündeten Gase vollständig verbrennen, bevor sie in den Schornstein gelangen.
- i) Die Heizfläche, wenn möglich rechtwinklig zur Richtung der Heizgase gelegen, um diese zu vertheilen und ihre Wärme vollständig aufzunehmen.
- k) Sämtliche Theile leicht zugänglich zum Zwecke der Reinigung und der Reparaturen im Interesse der Betriebssicherheit und der Sparsamkeit.
- l) Die Größe des Dampfkessels der erforderlichen Kraft angepaßt und im Stande, die höchste Leistung noch mit Vorsparnis an Brennmaterial zu erzielen.
- m) Die besten Manometer, Sicherheits-Ventile, Wasserstände und andere Armaturen.

Da nun nach den Berechnungen des Professors Thurston ein einfacher cylindrischer Dampfkessel mit 7 Atmosphären Ueberdruck genügend aufgespeicherte Kraft enthält, um denselben 5,6 Kilometer hoch zu schleudern, einen Zweiflammerkessel mit 4 Atmosphären Ueberdruck 4 Kilometer, einen Lokomotivkessel mit acht Atmosphären etwa 1 Kilometer, und einen 60pferdigen Flammrohr-Flammrohr-Kessel mit 5 Atmosphären etwas über 1,6 Kilometer hoch, so kann Thurston mit Berechtigung darauf hinweisen, daß die aufgespeicherte Kraft der Wasserrohrkessel gewöhnlich geringer als bei irgend einer anderen der gewöhnlichen Kesselkonstruktionen und ungefähr dieselbe wie in dem einfachen Lokomotivkessel sei. Es sei jedoch augenscheinlich, daß die anerkannte Sicherheit des Wasserrohr-



Kessel nicht darauf beruhe, sondern auf der Theilung des Inhalts, und besonders dadurch gegeben sei, daß die Konstruktion desselben jeden Bruch lokalisiere. Eine heftige Explosion kann bekanntlich nur durch die totale Zerstörung eines Kessels und durch das Freiwerden großer Massen von Dampf und Wasser entstehen. Die zerstörenden Wirkungen solcher Explosionen sind erklärlich, wenn man bedenkt, daß schon etwa 28 Liter erhitztes Wasser unter einem Druck von 4 bis 4,5 Atmosphären ungefähr dieselbe zerstörende Kraft wie ein Pfund Schießpulver enthalten; diese steigert sich bei dunkler Glühhitze um etwa vierzig mal.

Im Jahre 1880 fanden in den Vereinigten Staaten von Amerika 170 Dampfkessel-Explosionen mit 259 Todesfällen und 555 Verletzungen von Personen statt; 1887 wurden 198 Explosionen mit 652 Verunglückungen von Personen angemeldet. Die Hartford Dampfkessel-Versicherungs-Gesellschaft fand an den untersuchten Kesseln 24,344 Risse in den Kesselblechen vor, von denen 11,269 Risse bereits bei der Entdeckung gefährlich waren.

Als Sicherheits-Dampfkessel, der all den angeführten Anforderungen entspricht, hat daher in verhältnismäßig kurzer Zeit in Amerika der Babcock- und Wilcox-Wasserröhren-Kessel Eingang gefunden. Dieser Kessel besteht (nach Techn. Rathgeber) aus schmiedeeisernen, patentgeschweißten Röhren, die schräg gelegt und mit einander durch vertikale Kopfstücke an jedem Ende verbunden sind, während ein Schlammfänger am hinteren niedrigsten Ende des Kessels die Röhren mit einander verbindet. Diese Röhren können mit oder ohne Oberkessel von verhältnismäßig geringem Durchmesser hergestellt werden. Die Konstruktionsweise sieht reichlich die verschiedenen Ausdehnungsmöglichkeiten der einzelnen Theile vor. Ist dieser Kessel genügend mit Wasser gefüllt, so sind die Röhren zur Hälfte bedeckt und eine kräftige Zirkulation in allen Theilen vorhanden. Sind die Röhren beinahe vom Wasser entblößt, so hört die Zirkulation im Kessel auf; werden nun Theile überhitzt (glühend), so können sie ungehindert nachgeben. Nunmehr aber enthält der Wasserröhrenkessel nur noch eine so kleine Wassermenge, daß im Fall der Explosion kein großer Schaden entstehen kann.

In vielen Fällen hat sich denn auch der Babcock- und Wilcox-Wasserröhrenkessel tatsächlich als Sicherheitskessel bewährt, wie aus folgenden Vorkommnissen hervorgeht. Die Brooklyner Zucker-Raffinerie hat einen solchen Wasserröhrenkessel von 345 Quadratmeter Heizfläche und steht derselbe in einer Batterie von 1725 qm Heizfläche. Durch ein Versetzen wurde das Speisewasser abgeperrt und dieses nicht bemerkt, bis der Wasserstand so tief gesunken war, daß der Kessel fast entleert und die Röhren überhitzt wurden. Das ganze Unglück beschränkte sich auf das Zerplatzen einer Röhre; die Reparatur erforderte nur 60 Mark Kostenaufwand. Ein anderer Kessel der Bauart Wilcox-Babcock stand in einem Gefängniß und wurde von einem Gefangenen bedient. An einem Morgen bemerkte dieser, daß nach dem gewöhnlichen Aufheizen und einflühdigen Feuern das Manometer keinen Druck anzeigte. Ein hinzugerufener Beamter stellte fest, daß der Kessel — überhaupt kein Wasser enthielt, da der Ablasshahn noch vom vorhergehenden Abend weit offen stand. Der Beamte berichtet nun echt amerikanisch: Nachdem der Vorstand die Feuerthüre geöffnet hatte und die weißglühenden Röhren sah, hielt man es für eine gute Idee, so schnell als möglich den Kessel mit Wasser zu füllen; man schloß daher den Ablasshahn und drehte die städtische Wasserleitung auf. Das Resultat übertraf die Erwartungen. Dampf wurde sehr schnell erzeugt; auf einen Augenblick brüllte derselbe durch das Sicherheitsventil mit einem furchtbaren Getöse, und das ist alles, was geschah, mit Ausnahme des notwendigen Erfasses einiger Röhren und eines Stahlgußstückes.

Nach ähnlichen Fällen zu urtheilen, hätte man wahrscheinlich — wenn dieser Kessel Rauchröhren statt Wasserröhren gehabt hätte — Gelegenheit gehabt, eine Leichenschau zu halten und ein neues Gefängniß zu bauen. — P. M. G.

### Situations- und Thätigkeitsbericht des Vertrauensmannes für Brandenburg und Pommern.

#### III.

Als letzter Theil meines Berichtes bleibt der Nachweis der eigentlichen Thätigkeit. Dieser läßt sich nicht in „Erfolgen“ oder „Mißerfolgen“ ausdrücken, sondern nur in trockenen Zahlen.

Es wurden im 3. Quartal 81 Besuche der verschiedenen Orte vorgenommen. Das kann natürlich eine Person allein nicht leisten, sondern es haben die Kollegen Märker, Rifkin und Maschisch, namentlich an den Sonntagen durch Abhalten von Versammlungen auf das Energischste eingewirkt.

Als Unterlage konnte den betreffenden Reduerten schon jetzt reichliches Material über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit auf den Weg gegeben werden, weil die Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse inzwischen fortgesetzt wurden. Am 1. Juni waren dieselben von 4749 Arbeitern ermittelt, Mitte Oktober von 16 068 Arbeitern. Hierbei muß ich bemerken, daß als alleiniger Zweck des Besuchs irgend eines Ortes niemals diese Erhebungen gegolten haben, sondern stets Besprechungen, Sitzungen der Ortsverwaltungen oder Versammlungen gleichzeitig abgehalten wurden.

Es ist aber dadurch zur Zeit eine Unterlage geschaffen, auf welcher weitergebaut werden kann, denn es wird sich bei der praktischen Thätigkeit der Gewerkschaften stets darum handeln, die schlechtesten Zustände zuerst zu beseitigen zu versuchen. Folgende Zahlen mögen zur Erläuterung dienen: Die Erhebungen sind erfolgt in 26 Orten für 90 Großbetriebe mit 14 727 Arbeitern und in 17 Orten für 228 Kleinbetriebe mit 1341 Arbeitern, Summa 316 Betriebe mit 16 068 Arbeitern. Von vielen großen Betrieben war es nöthig, mehr als einen Fragebogen auszufüllen, so daß ja 350 dazu benützt wurden.

Die Zusammenstellung des Materials ist nach Bedarf erfolgt von einzelnen Fabriken und Orten und wird dieselbe fortgesetzt und das Gesamtergebniß den Lesern der „Metz.“ mitgetheilt werden. So viel steht schon heute fest: 50 Proz. aller Arbeiter haben unter 30 J., 25 Proz. 30—35 J., 20 Proz. 35—45 J. und nur 5 Proz. über 45 J. Arbeitslohn. — in Großbetrieben. In den Kleinbetrieben sieht es noch schlechter aus. Daher kann ich schon heute konstatiren — im Gegensatz zu dem Ergebnis der Aufnahmen der Friedrich-Duncker'schen Gewerkschaften: „Man ist nicht zufrieden!“ Das mag vorläufig genügen.

Der schriftliche Verkehr mit den Verwaltungsstellen war wie bisher sehr reg. Es gingen im 3. Quartal 316 Postsendungen ein, während 508 ausgingen.

Ferner erfolgte gleich zu Anfang des Quartals der Abschluß der Hauptabrechnung, deren Ergebnis bereits veröffentlicht wurde. Ebenso wurde der Beschluß der Sitzung der Ortsverwaltung Berlin und der Vertrauensleute ausgeführt, Beitragsmarken zum Agitationsfonds à 10 J. auszugeben, jedoch sind dieselben nur auf Verlangen verandt worden. Es betheiligen sich an den Sammlungen 15 Verwaltungsstellen.

So weit das, was zur Beurtheilung der Arbeit dienen kann.

Ich möchte nun noch abermals einen Appell an die einzelnen Ortsverwaltungen richten: Kollegen! Ohne Euer Mitwirken kann das nicht geleistet werden, was geleistet werden soll und muß! Es darf sich Niemand von Euch darauf berufen: Wir haben einen besoldeten Vertrauensmann, der wird schon Alles machen. Das geht nicht! — Was ich als Mitarbeiter der Verwaltungen auffasse, ist in keinem Fall so erheblich, daß nicht der Besoldungsmittel oder sein Vertreter in einer jeden Verwaltung ohne Ausnahme es leisten könnte. In erster Linie: Jeder Brief ist so schnell als möglich zu beantworten. Es muß hier gesagt werden, daß es Verwaltungen gibt, deren Unpünktlichkeit geradezu schauerlich ist, und die dann, wenn mal deswegen ein herbes Wort fällt, den Besoldeten spielen. Das muß aufhören! Ist nur eine dieser besoldeten Anforderungen von den Verwaltungen erreicht, so wird es schon besser werden.

Es sollen die Verhältnisse nach Möglichkeit gebessert werden — aber ohne Entgegenkommen, ohne die Mitarbeit der Verwaltungen ist dies nicht möglich. Die Agitation ist jetzt so eingeleitet, daß das „Schabloufieren“ aufgehört hat, die Kollegen beginnen wieder ein regeres Interesse zu zeigen, und das ist erquicklich. Wäge daher Jeder das Seine thut, daß der eben erst geweckte Eifer für die Gewerkschaften nicht gleich wieder erschlafft. Wir haben schwere Arbeit vor uns, und zwar Arbeit, die nicht verzögert werden darf, denn bereits droht eine Keiße einzubrechen mit all' den Schrecken der Arbeitslosigkeit, der Verdürsterei und den sonstigen Vergaben. Laßt daher den Mahnruf nicht ungehört verhallen: Das Jahr 1893 wird uns noch die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit bieten, was 1892 kaum, das ist noch im Dunkeln. Darum jetzt an die Arbeit.

Endlich noch Eins: Neben der Agitation in den Orten, wo wir Verwaltungen haben, sind noch neben wichtigen Plätzen wie Tangehütte, Stendal und anderen, eine ganze Reihe kleinerer Orte mit genügender Metallarbeiterzahl ohne Verwaltungen. Und so, wie in Torgelow und Sauchhammer die Organisation festen Boden gefaßt hat, so muß es an allen Orten geschehen, wo die Metallindustrie vertreten ist. Daß auch hierbei die Kollegen von Radiborow mit Rath und That helfen können, leuchtet ein, und daher dieser Appell an die ganze Metallarbeiterchaft von Brandenburg und Pommern.

Berlin, 17. Dez. 1897.

H. Rohrlack.

### Zur 5-tägigen Bewegung der englischen Maschinenbauer.

C. London, 25. Dezember 1897.

In der zweiten Session der Konferenz haben die von dem Unternehmerverband an die Trades Unions gestellten Vorschläge einige kleine Aenderungen erfahren, die bei der gegenwärtig vorgenommenen zweiten Abstimmung das gleiche Schicksal erfahren werden, wie die in der ersten Session gemachten. Zwar stellen die Delegirten der Trades Unions auch die Frage, ob die Arbeiter gewillt sind, die Bedingungen der Unternehmer anzunehmen mit einer 5-tägigen Arbeitswoche. Auch dieses wird abgelehnt werden, außerdem haben die Unternehmer bereits mehrmals erklärt, auf keine Verkürzung der Arbeitszeit eingehen zu wollen.

Die Vorschläge der Konferenz, wie sie jetzt vorliegen und wie sie von den Delegirten zur Abstimmung gestellt worden sind, lauten wie folgt:

1. Allgemeines Prinzip der Freiheit der Unternehmer in der Leitung ihrer Betriebe. Die vereinigten Unternehmer erklären, sich jeder Einmischung in die rechtmäßigen Funktionen der Trade-Unionen enthalten zu wollen, dagegen auch keine Einmischung in die Leitung ihrer Betriebe zu dulden. Sie nehmen für sich das Recht in Anspruch, Arbeitsbedingungen, unter denen irgend welche Mitglieder der am Streik betheiligten Gewerkschaften vor Beginn der Differenz gearbeitet haben, auch auf andere Werkstätten zu übertragen. In dem Fall aber, daß die Gewerkschaften die Frage erst zu diskutieren wünschen, ist

durch den Sekretär des Zweigvereins der Unternehmer eine Konferenz einzuberufen. — Das Vorstehende hat keinen Bezug auf die Dauer der Arbeitszeit oder auf die Erhöhung und Reduzierung der Löhne und Vergütungen.

2. Erläuterungen zu obigen allgemeinen Prinzipien. 1. Jeder Arbeiter mag zu einer Gewerkschaft gehören oder nicht; jedem Unternehmer steht es frei, wen er beschäftigen will, er gehöre zu einer Gewerkschaft oder nicht. Jeder Arbeiter, der in einer Verbandswerkstätte arbeitet, ist gehalten, mit seinen Mitarbeitern friedlich zusammenzuarbeiten, ob sie oder er oder ob sie nicht zur Gewerkschaft gehören. Es steht ihm jeder Zeit frei, seine Werkstätte zu verlassen; eine Desaffiliation der Arbeiter soll nicht eher stattfinden, als bis die weiter unten angegebenen Wege zur Vermeidung von Differenzen ergriffen sind. Der Unternehmer-Verband beeinflusst in keiner Weise seine Mitglieder in Bezug auf die Bevorzugung von Nichtgewerkschaftlern. 2. Stücklohn, der schon in vielen Werken der vereinigten Unternehmer üblich ist, soll in allen Fabriken eingeführt werden können. Die Löhne sind von Fall zu Fall festzusetzen zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern, welche die Arbeit ausführen. Der Unternehmer-Verband wird keine Stücklöhne zulassen, bei denen der Arbeiter nicht wenigstens seinen Durchschnittslohn verdient.

3. Ueberzeitarbeit. Wenn Ueberstunden notwendig sind, sollen sie nach den Vorschlägen der Unternehmer nach folgenden Grundätzen geleistet werden: Von keinem Arbeiter sollen im Verlaufe von 4 Wochen mehr als 40 Stunden Ueberzeitarbeit verlangt werden. Ueberstunden dürfen nicht verweigert werden bei Betriebsunfällen, notwendigen Reparaturen etc.

4. Lohnhöhe. Es muß den Unternehmern gestattet sein, Arbeiter zu Löhnen zu beschäftigen, mit denen diese selbst sich zufrieden erklären. Die Unternehmer erklären, nichts gegen die kollektiv-Abmachungen der Gewerkschaften oder sonstiger Arbeitergemeinschaften (z. B. die Arbeiter einer Werkstätte, Fabrik etc.), die zum Zwecke der Erreichung eines bestimmten Minimallohnes geschlossen werden, unternehmen zu wollen, aber sie lehnen es ab, die Beschlüsse solcher Vereinigungen den Mitgliedern des Unternehmer-Verbandes aufzuzwingen. Die Gewerkschaften dürfen sich in die Löhne der außerhalb ihrer Vereinigung stehenden Arbeiter nicht einmischen. Allgemeine Aenderungen in der Lohnhöhe in irgend einem Distrikt oder mehreren müssen durch Verhandlungen zwischen den Sekretären beider Parteien festgesetzt werden.

5. Lehrlinge sollen in unbegrenzter Zahl gehalten werden können.

6. Die Auswahl der Arbeiter, die an der einen oder anderen Maschine beschäftigt werden sollen, geschieht durch den Unternehmer; je nach der Wichtigkeit derselben erfolgt die Bezahlung.

III. Mittel und Wege zur Vermeidung von Differenzen. Um in Zukunft den Ausbruch größerer Konflikte möglichst zu vermeiden, wird bei anstehenden Differenzen der Unternehmer Deputationen der direkt dabei betheiligten Arbeiter empfangen, um mit ihnen zu verhandeln. Kommt es hier zu einer Einigung nicht, dann treten die beiderseitigen Lokalvereine zu Konferenzen zusammen. Wird auch hier eine Verständigung nicht erzielt, dann wird die Sache den Exekutivvorständen der beiden Verbände überwiesen. So lange die Verhandlungen dauern, sollen Arbeitseinstellungen, weder parteilich, noch allgemein, nicht Platz greifen, sondern die Arbeit soll einfließen zu den alten Bedingungen weiter geführt werden. —

Der „Leipziger Postzeitung“ wird unterm 22. Dezbr. v. J. aus London geschrieben:

Seit der Vertragung der Konferenz zwischen den Maschinenbauern und den Unternehmern hat sich die Lage bedeutend abgeklärt, aber die Ausichten auf eine baldige Beendigung des Ausstandes, genauer die Arbeitsperre, haben sich nicht gebessert. Weiter sind die zur Abstimmung nötigen Fragebogen vertheilt worden. Sie enthalten zwei Fragen. Die Mitglieder der verbündeten Gewerksvereine werden ersucht, gefaßt, ob sie die von den Unternehmern gemachten Vorschläge betreffend die Betriebe, annehmen wollen oder nicht; die zweite Frage lautet, ob sie den Kampf weiter führen wollen, um die 5-tägige Arbeitswoche zu erhalten.

Diese Eintheilung der Fragen ist bedenklich; denn es ist kein Geheimniß mehr, daß Barnes und seine Genossen auf der Konferenz die Vorschläge der Unternehmer in Bezug auf Betriebe angenommen hätten, ohne eine Abstinenz der Verbandsmitglieder anzuordnen, wenn die Unternehmer bezüglich der Arbeitszeit ein Zugeständniß gemacht hätten. Da das nicht geschah, hatten die Wortführer der Arbeiter keine andere Wahl, als den Entscheid über beide Punkte, die Betriebsbedingungen und die 5-tägige Arbeitswoche, zur Abstimmung zu bringen. Daß das die Verwerfung der Konferenzvorschläge und die Fortsetzung des Kampfes bedeutet, liegt auf der Hand.

Die Entwicklung dieser in den letzten Monat laufenden Krise rechtfertigt das Vorgehen der Herren Barnes und Sellicks. Die Arbeitsperre hing mit einem Ausstand der Londoner Maschinenbauer an, die den achtstündigen Arbeitstag verlangten, der in den meisten Werksstätten vor drei Jahren eingeführt und in vielen Privatbetrieben gewährt worden war. Von 10 000 Maschinenbauern Londons streikten etwa 1250. Um diese zu züchtigen, wurde in der Provinz die Arbeitsperre verhängt, die gegen 24 000 Maschinenbauer und nahezu 60 000 andere Arbeiter brodlos gemacht hat. Der rasch zusammengetretene Unternehmerverband, der nebenbei bemerkt, höchstens ein Viertel der Maschinenfabriken umfaßt, verlangte als erste Bedingung zur Wiederaufnahme der Arbeit größere Freiheit in den Betrieben. Diese hat man ihnen auf der Konferenz gewährt.

Als Gegenleistung sollen nun die Maschinenbauer nichts erhalten. Keine Ermäßigung der Arbeitswoche ist in Aussicht. Diese Demüthigung kann man den Leuten nicht zumuthen. Barnes hat auch sofort eine Konferenz der zwölf mit dem Maschinenbau verwandten Gewerkschaften nach London einberufen; sie tritt morgen zusammen und wird für die Weiterführung des Kampfes entscheidende Beschlüsse fassen. Auch der Londoner Gewerks-



Schaftsrath beabsichtigt eine Konferenz einzuberufen, die von 112 Gewerkschaften bejocht werden wird.

London, 26. Dez. 1897. Die zweite Abstimmung der Arbeiter im Maschinenbauergewerbe über die neuen Vorschläge des Unternehmers ergab, daß dieselben mit übermächtiger Mehrheit verworfen sind. Der Kampf nimmt daher seinen Fortgang. — Deutsche Metallarbeiter! An Euch ist es nun, den englischen Kollegen in ihrem heldenhaften Kampfe weiter beizustehen. Erhöht Eure Leistungen!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der für die englischen Maschinenbauer aufzubringen Unterstützungsbeträge geben wir bekannt, daß Gelder nach wie vor an die Adresse des Hauptkassiers Ch. Werner, Stuttgart, Neckarstr. 160, zu senden sind und stets auf den Postabschnitt der Zweck der Sendung angegeben ist.

Wir machen ferner die Verwaltungsjellen und Bevollmächtigten darauf aufmerksam, daß mit dem 31. Dezember auch das Geschäftsjahr des Verbandes schließt. Wir eruchen daher, alle Verbandsgelder, welche noch für dieses Jahr verrechnet werden sollen, so zeitig abzusenden, daß sie spätestens am 31. Dezember in Händen des Hauptkassiers sind und von diesem noch für dieses Jahr verrechnet werden können.

Ebenso eruchen wir, um unsererseits die spezifizierte Jahresabrechnung möglichst bald zusammenstellen zu können, die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten, ihre Abrechnungen vom 1. Quartal sofort nach Quartalschluß fertig zu stellen und uns bis spätestens zum 15. Januar 1898 zuzustellen. Gegen Verwaltungen und Bevollmächtigte, die dieser Aufforderung nicht pünktlich nachkommen, wird unmaßsächlich mit Revision der Geschäftsführung vorgegangen werden.

Sodann beabsichtigen wir, in diesem Jahre festzustellen, wie hoch sich die Mitgliederzahl in den einzelnen Branchen stellt und liegt es auch hier im Interesse der Genauigkeit unserer Aufstellungen, wenn jedes Verwaltungsmittel dafür sorgt, daß die von uns den Verwaltungen im Laufe dieses Woches zugefertigten Fragebogen umgehend ausgefüllt und eingekandt werden.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuheben:

- 128568 des Schlossers Georg Wimmer, geb. zu Nammat a. d. Oder am 25. Dezember 1860.
107165 des Drehers Wilhelm Hebel, geb. zu Weeslau am 20. Mai 1877.
83556 des Drehers Franz William Martin, geboren zu Chemnitz am 18. September 1875.
98873 des Klempners Max Hübner, geb. zu Jorß (M.-L.) am 4. Oktober 1874.
182845 des Kesselschmiedes Michael Marlowiad, geb. zu Ferdjawa i. Bosan am 20. Sept. 1862.
33322 des Hilfsarbeiters August Hochb.-s., geb. zu Magdeburg am 22. Januar 1857.
126435 des Spenglers Alfred Schlegel, geb. zu Schwiegburg am 10. Juni 1865.

Gewarnt wird vor dem Ferner Karl Brockmann, geb. zu Hamburg, eingetr. unter Hauptnr. 230 627. Derselbe vor von der Reichliche Hannover als Vertrauensmann in Sachfeld eingesetzt und ist als solcher mit 75 Vertragsmarken flüchtig geworden. Denselben ist das Mitgliedsbuch abzunehmen und nach hier einzusenden.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Eduard Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bezeichnen, wofür das Geld verzeichnet ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Das Mitglied Josef Brenner, geb. zu Wöplingen am 15. Oktober 1873, Buch Nr. 149 358, wird hierdurch von Ausgabe seiner Adresse gelassen.

Das Gleiche gilt von dem Ferner Maria Brähler, feinerzeitigen Kassier der ehemaligen Verwaltungsjelle Dornung und dem Ferner Max Jonas aus Schwetzingen.

Dieserigen Fernerungen und Mitglieder, die zur Ermittlung derselben beitragen können, werden gebeten, dies zu thun.

Korrespondenzen.

Klempner.

Hannover. Die Klempner und Installateure hielten am 11. Dez. v. J. im „Waldhof“ eine Versammlung ab, in der Herr Paul über die „Freiheit des Konfessionsrechtes“ referierte. Neben, der Instanzbezirk die ungleiche Behandlung des § 153 der Gewerbeordnung kritisierte, entledigte sich seiner Aufgabe unter lebhaftem Beifalle der Versammlung. Nach Schluß des sehr interessanten zweistündigen Vortrages erklärte Herr Paul dann noch kurz die Bedeutung und Wichtigkeit des Gewerkschaftsstatuts. Als Delegierter hierzu wurde der Kollege Hinkelbach und als Organisationskommission, wurde der vorerwähnte Herr Werner bis zur nächsten Versammlung prädisponiert. Unter „Verpflichteten“ fand dann noch eine kurze Diskussion über Fortkommnisse in der Gewerkschaft von D.-L.-L. statt, aus der hervorging, daß sich in genannter Fabrik beabsichtigt sei ein gewisses Demagogentum heranzugehen hat. Künftige Vorsicht in der Unterhaltung wird deshalb empfohlen.

Metallarbeiter.

Alfeld a. d. E. In der Mitgliederversammlung am 11. Dezember wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Dr. Albrecht als Bevollmächtigter, Paul Jahn als Kassier, Strejow, Brügemann und Warrheine als Revisoren. Die Revisionsrechnung zählt der Kassier aus. — Am 5. Dezember fand eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher folgende Beschlüsse aus Hannover über die Lage der hiesigen Metallarbeiter referierte. Redner beleuchtete vor Allen die Verhältnisse auf der hiesigen Karlsbütte, wo es besonders die Arbeiter und Arbeiterinnen sind, welche die Arbeiter recht lebendwärtig behandeln. Diesen beiden wäre das Buch „Ratgeber Umgang mit Menschen“ zu empfehlen. Das Straßentheater steht in hoher Blüte, jede geringste Kleinigkeit wird bejubelt. Neben dieser Behandlung läßt auch der Lohn zu wünschen übrig, hauptsächlich in der Diegerei, wo es verheerendste Formen gibt, die für 2,50 täglich arbeiten. Redner fordert die Anwesenden auf, sich zu organisieren, damit gegen diese Behandlung energig Front gemacht werden kann. Es liegen sich hierauf 12 Mann aufzeichnen. Mit einem dreifachen Hoch auf den D. M. V. wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen. — Die Kollegen allerwärts bitten wir, den Bezug fernzuhalten und Alfeld zu meiden, da hier doch nichts zu holen ist und in nächster Zeit doch wohl Differenzen ausbrechen werden. Den Alfelder Kollegen aber empfehlen wir, recht kräftig zu agitieren und die Versammlungen besser zu besuchen.

Herrnberg. Am 11. Dezember v. J. fand im „Schüringer Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Bergische wurde wieder zum Vertrauensmann gewählt. Bezüglich des Beitrags zum Gewerkschaftsstatut wurde beschlossen, daß jedes Mitglied pro Quartal 10 J bezahlen soll, um die Verbandskasse nicht zu schädigen.

Herrnberg. Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsjelle des D. M. V. am 11. Dez. v. J. Zunächst bringt der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Es haben in diesem Jahre 12 Mitgliederversammlungen und 3 öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen stattgefunden. Dieselben waren im Durchschnitt gut besucht. Durch die energig Agitation der Kollegen, sowie durch die Arbeit der in diesem Jahre gegründeten Agitationskommission stieg die Mitgliederzahl von 285 am Schlusse des Jahres 1896 auf 405 am 1. Oktober 1897. Einen erfreulichen Zuwachs erhielten wir am 1. Juli durch den Uebertritt der Verzinung der Schmiede in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Größere Kämpfe mit den Unternehmern haben in diesem Jahre nicht stattgefunden. Wegen Krankheit am 1. Mai wurden die Metallarbeiter der Holzigen Schiffsverft 10 Tage ausgeperrt, sie wurden aber nach abgelaufenem Frist sämtlich wieder eingestellt. Im Juli wurden ca. 24 Kesselschmiede auf Köbers Eisenwerk entlassen, weil sie unentschuldig einen halben Tag gefehlt haben, um sich über Regelung der Montagegelder zu besprechen. Es fand eine stark besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche eine Kommission wählte, die mit Herrn Köber unterhandelte, worauf sämtliche Leute wieder eingestellt wurden. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen einer hiesigen Kleinwerftstelle stellten Forderungen und legten die Arbeit nieder. Die Unterhandlungen mit dem Unternehmer führten zu einer Einigung, die Arbeit wurde nach ein paar Tagen wieder aufgenommen. — Am 5. September fand das Stiftungsfest statt, welches sehr stark besucht war und einen guten Ueberflus brachte. Im November besuchte die hiesige Jagdrevue die „Elektra“ in Hannover, woran 160 Mitglieder Theil nahmen. Es wurde der im Hofaal des Jahnstr. gehaltenen Experimentavortrag mit großer Interesse verfolgt. — In der Diskussion rügt Kollege Hertha den mangelhaften Geschäftsbericht und ermahnt den vorliegenden, in Zukunft mit mehr Energie und Feuer seinen Posten zu betreiben, damit unsere Jagdrevue nicht zurückgeht, sondern stetig wächst. Es gebe in Herrnberg noch viel zu thun, daher ihre nächstes Jahr ein Jeder seine Schuldigkeit. — Sodann berichtete der Kassier Hoffmann über die Kassenverhältnisse des letzten Jahres. Redner betont, daß zu einer guten Organisation nicht nur recht viele Mitglieder, sondern ebenso viele gute Beitragszahler gehören. Wenn unsere Kassenverhältnisse in den letzten Jahren so günstig gestaltet wären, so habe die rege Agitation der Kollegen bei dazu beigetragen. Aber auch die Werkstatthalter sind nicht zu vergessen, denn gerade diese sind es, auf welche wir unsere Bemühung am meisten verlassen müssen. Die große Mitgliederzahl der Werkstatthalter hat sich in diesem Jahre alle Mühe gegeben, um das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Das eigentliche Geschäftsjahr ist erst mit dem 31. Dezember zu Ende. Der genaue Kassenbericht liegt erst bei der nächsten Abrechnung vor. Die Gesamtsummen betragen 1897: ohne Dezember 2964,68 M. — 1898: 2192,75 M. Ausgaben für drückende Agitation und drückende Verwaltung 1897: 332,98 M., 1896: 213,20 M. An die Kasse geleistet 1897: 2418,88 M., 1896: 2265,71 M. In der Kasse ist ein Bestand von 111,62 M. — Ein Kassier berichtet, daß bei den Revisionen die Kasse und Bücher nicht in vorzüglichster Ordnung gefunden wurden. Auf Antrag wird der gemeinsamen Ortsverwaltung Decharge erteilt. Es werden gewählt als Bevollmächtigter und als Kassier die hiesigen Inhaber dieser Remter Güte und Hofmann, Exter Kronhor, zugleich zweiter Vorsitzender wird Kollege Ewert durch Kronhor, sowie dritter Revisor und zugleich Schriftführer durch Wiederwahl die Kollegen Kues und Dornbe werden. Als Bibliothekar wird Kollege Bencke wiedergewählt. Im Punkt Verchiedenes stellt der Revisionskommission den Antrag, ihm für die Zeitungsabgabe eine Entschädigung aus der Verbandskasse zu bewilligen. Dieser Antrag wird dem Vorstand zur Beurteilung überwiesen. Ein Antrag, den Kollegen Hammer wegen Unrechtmäßigkeit aus dem Verband auszuscheiden, wird angenommen. Ein Antrag, die zwei bestimmten Werke anzufassen, wird der Bibliothekskommission überwiesen.

Herrnberg. Am 11. Dezember v. J. fand im „Schüringer Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Bergische wurde wieder zum Vertrauensmann gewählt. Bezüglich des Beitrags zum Gewerkschaftsstatut wurde beschlossen, daß jedes Mitglied pro Quartal 10 J bezahlen soll, um die Verbandskasse nicht zu schädigen.

Herrnberg. Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsjelle des D. M. V. am 11. Dez. v. J. Zunächst bringt der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Es haben in diesem Jahre 12 Mitgliederversammlungen und 3 öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen stattgefunden. Dieselben waren im Durchschnitt gut besucht. Durch die energig Agitation der Kollegen, sowie durch die Arbeit der in diesem Jahre gegründeten Agitationskommission stieg die Mitgliederzahl von 285 am Schlusse des Jahres 1896 auf 405 am 1. Oktober 1897. Einen erfreulichen Zuwachs erhielten wir am 1. Juli durch den Uebertritt der Verzinung der Schmiede in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Größere Kämpfe mit den Unternehmern haben in diesem Jahre nicht stattgefunden. Wegen Krankheit am 1. Mai wurden die Metallarbeiter der Holzigen Schiffsverft 10 Tage ausgeperrt, sie wurden aber nach abgelaufenem Frist sämtlich wieder eingestellt. Im Juli wurden ca. 24 Kesselschmiede auf Köbers Eisenwerk entlassen, weil sie unentschuldig einen halben Tag gefehlt haben, um sich über Regelung der Montagegelder zu besprechen. Es fand eine stark besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche eine Kommission wählte, die mit Herrn Köber unterhandelte, worauf sämtliche Leute wieder eingestellt wurden. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen einer hiesigen Kleinwerftstelle stellten Forderungen und legten die Arbeit nieder. Die Unterhandlungen mit dem Unternehmer führten zu einer Einigung, die Arbeit wurde nach ein paar Tagen wieder aufgenommen. — Am 5. September fand das Stiftungsfest statt, welches sehr stark besucht war und einen guten Ueberflus brachte. Im November besuchte die hiesige Jagdrevue die „Elektra“ in Hannover, woran 160 Mitglieder Theil nahmen. Es wurde der im Hofaal des Jahnstr. gehaltenen Experimentavortrag mit großer Interesse verfolgt. — In der Diskussion rügt Kollege Hertha den mangelhaften Geschäftsbericht und ermahnt den vorliegenden, in Zukunft mit mehr Energie und Feuer seinen Posten zu betreiben, damit unsere Jagdrevue nicht zurückgeht, sondern stetig wächst. Es gebe in Herrnberg noch viel zu thun, daher ihre nächstes Jahr ein Jeder seine Schuldigkeit. — Sodann berichtete der Kassier Hoffmann über die Kassenverhältnisse des letzten Jahres. Redner betont, daß zu einer guten Organisation nicht nur recht viele Mitglieder, sondern ebenso viele gute Beitragszahler gehören. Wenn unsere Kassenverhältnisse in den letzten Jahren so günstig gestaltet wären, so habe die rege Agitation der Kollegen bei dazu beigetragen. Aber auch die Werkstatthalter sind nicht zu vergessen, denn gerade diese sind es, auf welche wir unsere Bemühung am meisten verlassen müssen. Die große Mitgliederzahl der Werkstatthalter hat sich in diesem Jahre alle Mühe gegeben, um das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Das eigentliche Geschäftsjahr ist erst mit dem 31. Dezember zu Ende. Der genaue Kassenbericht liegt erst bei der nächsten Abrechnung vor. Die Gesamtsummen betragen 1897: ohne Dezember 2964,68 M. — 1898: 2192,75 M. Ausgaben für drückende Agitation und drückende Verwaltung 1897: 332,98 M., 1896: 213,20 M. An die Kasse geleistet 1897: 2418,88 M., 1896: 2265,71 M. In der Kasse ist ein Bestand von 111,62 M. — Ein Kassier berichtet, daß bei den Revisionen die Kasse und Bücher nicht in vorzüglichster Ordnung gefunden wurden. Auf Antrag wird der gemeinsamen Ortsverwaltung Decharge erteilt. Es werden gewählt als Bevollmächtigter und als Kassier die hiesigen Inhaber dieser Remter Güte und Hofmann, Exter Kronhor, zugleich zweiter Vorsitzender wird Kollege Ewert durch Kronhor, sowie dritter Revisor und zugleich Schriftführer durch Wiederwahl die Kollegen Kues und Dornbe werden. Als Bibliothekar wird Kollege Bencke wiedergewählt. Im Punkt Verchiedenes stellt der Revisionskommission den Antrag, ihm für die Zeitungsabgabe eine Entschädigung aus der Verbandskasse zu bewilligen. Dieser Antrag wird dem Vorstand zur Beurteilung überwiesen. Ein Antrag, den Kollegen Hammer wegen Unrechtmäßigkeit aus dem Verband auszuscheiden, wird angenommen. Ein Antrag, die zwei bestimmten Werke anzufassen, wird der Bibliothekskommission überwiesen.

Herrnberg. Am 11. Dezember v. J. fand im „Schüringer Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Bergische wurde wieder zum Vertrauensmann gewählt. Bezüglich des Beitrags zum Gewerkschaftsstatut wurde beschlossen, daß jedes Mitglied pro Quartal 10 J bezahlen soll, um die Verbandskasse nicht zu schädigen.

Herrnberg. Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsjelle des D. M. V. am 11. Dez. v. J. Zunächst bringt der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Es haben in diesem Jahre 12 Mitgliederversammlungen und 3 öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen stattgefunden. Dieselben waren im Durchschnitt gut besucht. Durch die energig Agitation der Kollegen, sowie durch die Arbeit der in diesem Jahre gegründeten Agitationskommission stieg die Mitgliederzahl von 285 am Schlusse des Jahres 1896 auf 405 am 1. Oktober 1897. Einen erfreulichen Zuwachs erhielten wir am 1. Juli durch den Uebertritt der Verzinung der Schmiede in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Größere Kämpfe mit den Unternehmern haben in diesem Jahre nicht stattgefunden. Wegen Krankheit am 1. Mai wurden die Metallarbeiter der Holzigen Schiffsverft 10 Tage ausgeperrt, sie wurden aber nach abgelaufenem Frist sämtlich wieder eingestellt. Im Juli wurden ca. 24 Kesselschmiede auf Köbers Eisenwerk entlassen, weil sie unentschuldig einen halben Tag gefehlt haben, um sich über Regelung der Montagegelder zu besprechen. Es fand eine stark besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche eine Kommission wählte, die mit Herrn Köber unterhandelte, worauf sämtliche Leute wieder eingestellt wurden. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen einer hiesigen Kleinwerftstelle stellten Forderungen und legten die Arbeit nieder. Die Unterhandlungen mit dem Unternehmer führten zu einer Einigung, die Arbeit wurde nach ein paar Tagen wieder aufgenommen. — Am 5. September fand das Stiftungsfest statt, welches sehr stark besucht war und einen guten Ueberflus brachte. Im November besuchte die hiesige Jagdrevue die „Elektra“ in Hannover, woran 160 Mitglieder Theil nahmen. Es wurde der im Hofaal des Jahnstr. gehaltenen Experimentavortrag mit großer Interesse verfolgt. — In der Diskussion rügt Kollege Hertha den mangelhaften Geschäftsbericht und ermahnt den vorliegenden, in Zukunft mit mehr Energie und Feuer seinen Posten zu betreiben, damit unsere Jagdrevue nicht zurückgeht, sondern stetig wächst. Es gebe in Herrnberg noch viel zu thun, daher ihre nächstes Jahr ein Jeder seine Schuldigkeit. — Sodann berichtete der Kassier Hoffmann über die Kassenverhältnisse des letzten Jahres. Redner betont, daß zu einer guten Organisation nicht nur recht viele Mitglieder, sondern ebenso viele gute Beitragszahler gehören. Wenn unsere Kassenverhältnisse in den letzten Jahren so günstig gestaltet wären, so habe die rege Agitation der Kollegen bei dazu beigetragen. Aber auch die Werkstatthalter sind nicht zu vergessen, denn gerade diese sind es, auf welche wir unsere Bemühung am meisten verlassen müssen. Die große Mitgliederzahl der Werkstatthalter hat sich in diesem Jahre alle Mühe gegeben, um das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Das eigentliche Geschäftsjahr ist erst mit dem 31. Dezember zu Ende. Der genaue Kassenbericht liegt erst bei der nächsten Abrechnung vor. Die Gesamtsummen betragen 1897: ohne Dezember 2964,68 M. — 1898: 2192,75 M. Ausgaben für drückende Agitation und drückende Verwaltung 1897: 332,98 M., 1896: 213,20 M. An die Kasse geleistet 1897: 2418,88 M., 1896: 2265,71 M. In der Kasse ist ein Bestand von 111,62 M. — Ein Kassier berichtet, daß bei den Revisionen die Kasse und Bücher nicht in vorzüglichster Ordnung gefunden wurden. Auf Antrag wird der gemeinsamen Ortsverwaltung Decharge erteilt. Es werden gewählt als Bevollmächtigter und als Kassier die hiesigen Inhaber dieser Remter Güte und Hofmann, Exter Kronhor, zugleich zweiter Vorsitzender wird Kollege Ewert durch Kronhor, sowie dritter Revisor und zugleich Schriftführer durch Wiederwahl die Kollegen Kues und Dornbe werden. Als Bibliothekar wird Kollege Bencke wiedergewählt. Im Punkt Verchiedenes stellt der Revisionskommission den Antrag, ihm für die Zeitungsabgabe eine Entschädigung aus der Verbandskasse zu bewilligen. Dieser Antrag wird dem Vorstand zur Beurteilung überwiesen. Ein Antrag, den Kollegen Hammer wegen Unrechtmäßigkeit aus dem Verband auszuscheiden, wird angenommen. Ein Antrag, die zwei bestimmten Werke anzufassen, wird der Bibliothekskommission überwiesen.

Herrnberg. Am 11. Dezember v. J. fand im „Schüringer Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Bergische wurde wieder zum Vertrauensmann gewählt. Bezüglich des Beitrags zum Gewerkschaftsstatut wurde beschlossen, daß jedes Mitglied pro Quartal 10 J bezahlen soll, um die Verbandskasse nicht zu schädigen.

Herrnberg. Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsjelle des D. M. V. am 11. Dez. v. J. Zunächst bringt der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Es haben in diesem Jahre 12 Mitgliederversammlungen und 3 öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen stattgefunden. Dieselben waren im Durchschnitt gut besucht. Durch die energig Agitation der Kollegen, sowie durch die Arbeit der in diesem Jahre gegründeten Agitationskommission stieg die Mitgliederzahl von 285 am Schlusse des Jahres 1896 auf 405 am 1. Oktober 1897. Einen erfreulichen Zuwachs erhielten wir am 1. Juli durch den Uebertritt der Verzinung der Schmiede in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Größere Kämpfe mit den Unternehmern haben in diesem Jahre nicht stattgefunden. Wegen Krankheit am 1. Mai wurden die Metallarbeiter der Holzigen Schiffsverft 10 Tage ausgeperrt, sie wurden aber nach abgelaufenem Frist sämtlich wieder eingestellt. Im Juli wurden ca. 24 Kesselschmiede auf Köbers Eisenwerk entlassen, weil sie unentschuldig einen halben Tag gefehlt haben, um sich über Regelung der Montagegelder zu besprechen. Es fand eine stark besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche eine Kommission wählte, die mit Herrn Köber unterhandelte, worauf sämtliche Leute wieder eingestellt wurden. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen einer hiesigen Kleinwerftstelle stellten Forderungen und legten die Arbeit nieder. Die Unterhandlungen mit dem Unternehmer führten zu einer Einigung, die Arbeit wurde nach ein paar Tagen wieder aufgenommen. — Am 5. September fand das Stiftungsfest statt, welches sehr stark besucht war und einen guten Ueberflus brachte. Im November besuchte die hiesige Jagdrevue die „Elektra“ in Hannover, woran 160 Mitglieder Theil nahmen. Es wurde der im Hofaal des Jahnstr. gehaltenen Experimentavortrag mit großer Interesse verfolgt. — In der Diskussion rügt Kollege Hertha den mangelhaften Geschäftsbericht und ermahnt den vorliegenden, in Zukunft mit mehr Energie und Feuer seinen Posten zu betreiben, damit unsere Jagdrevue nicht zurückgeht, sondern stetig wächst. Es gebe in Herrnberg noch viel zu thun, daher ihre nächstes Jahr ein Jeder seine Schuldigkeit. — Sodann berichtete der Kassier Hoffmann über die Kassenverhältnisse des letzten Jahres. Redner betont, daß zu einer guten Organisation nicht nur recht viele Mitglieder, sondern ebenso viele gute Beitragszahler gehören. Wenn unsere Kassenverhältnisse in den letzten Jahren so günstig gestaltet wären, so habe die rege Agitation der Kollegen bei dazu beigetragen. Aber auch die Werkstatthalter sind nicht zu vergessen, denn gerade diese sind es, auf welche wir unsere Bemühung am meisten verlassen müssen. Die große Mitgliederzahl der Werkstatthalter hat sich in diesem Jahre alle Mühe gegeben, um das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Das eigentliche Geschäftsjahr ist erst mit dem 31. Dezember zu Ende. Der genaue Kassenbericht liegt erst bei der nächsten Abrechnung vor. Die Gesamtsummen betragen 1897: ohne Dezember 2964,68 M. — 1898: 2192,75 M. Ausgaben für drückende Agitation und drückende Verwaltung 1897: 332,98 M., 1896: 213,20 M. An die Kasse geleistet 1897: 2418,88 M., 1896: 2265,71 M. In der Kasse ist ein Bestand von 111,62 M. — Ein Kassier berichtet, daß bei den Revisionen die Kasse und Bücher nicht in vorzüglichster Ordnung gefunden wurden. Auf Antrag wird der gemeinsamen Ortsverwaltung Decharge erteilt. Es werden gewählt als Bevollmächtigter und als Kassier die hiesigen Inhaber dieser Remter Güte und Hofmann, Exter Kronhor, zugleich zweiter Vorsitzender wird Kollege Ewert durch Kronhor, sowie dritter Revisor und zugleich Schriftführer durch Wiederwahl die Kollegen Kues und Dornbe werden. Als Bibliothekar wird Kollege Bencke wiedergewählt. Im Punkt Verchiedenes stellt der Revisionskommission den Antrag, ihm für die Zeitungsabgabe eine Entschädigung aus der Verbandskasse zu bewilligen. Dieser Antrag wird dem Vorstand zur Beurteilung überwiesen. Ein Antrag, den Kollegen Hammer wegen Unrechtmäßigkeit aus dem Verband auszuscheiden, wird angenommen. Ein Antrag, die zwei bestimmten Werke anzufassen, wird der Bibliothekskommission überwiesen.

Herrnberg. Am 11. Dezember v. J. fand im „Schüringer Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Bergische wurde wieder zum Vertrauensmann gewählt. Bezüglich des Beitrags zum Gewerkschaftsstatut wurde beschlossen, daß jedes Mitglied pro Quartal 10 J bezahlen soll, um die Verbandskasse nicht zu schädigen.

Herrnberg. Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsjelle des D. M. V. am 11. Dez. v. J. Zunächst bringt der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Es haben in diesem Jahre 12 Mitgliederversammlungen und 3 öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen stattgefunden. Dieselben waren im Durchschnitt gut besucht. Durch die energig Agitation der Kollegen, sowie durch die Arbeit der in diesem Jahre gegründeten Agitationskommission stieg die Mitgliederzahl von 285 am Schlusse des Jahres 1896 auf 405 am 1. Oktober 1897. Einen erfreulichen Zuwachs erhielten wir am 1. Juli durch den Uebertritt der Verzinung der Schmiede in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Größere Kämpfe mit den Unternehmern haben in diesem Jahre nicht stattgefunden. Wegen Krankheit am 1. Mai wurden die Metallarbeiter der Holzigen Schiffsverft 10 Tage ausgeperrt, sie wurden aber nach abgelaufenem Frist sämtlich wieder eingestellt. Im Juli wurden ca. 24 Kesselschmiede auf Köbers Eisenwerk entlassen, weil sie unentschuldig einen halben Tag gefehlt haben, um sich über Regelung der Montagegelder zu besprechen. Es fand eine stark besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche eine Kommission wählte, die mit Herrn Köber unterhandelte, worauf sämtliche Leute wieder eingestellt wurden. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen einer hiesigen Kleinwerftstelle stellten Forderungen und legten die Arbeit nieder. Die Unterhandlungen mit dem Unternehmer führten zu einer Einigung, die Arbeit wurde nach ein paar Tagen wieder aufgenommen. — Am 5. September fand das Stiftungsfest statt, welches sehr stark besucht war und einen guten Ueberflus brachte. Im November besuchte die hiesige Jagdrevue die „Elektra“ in Hannover, woran 160 Mitglieder Theil nahmen. Es wurde der im Hofaal des Jahnstr. gehaltenen Experimentavortrag mit großer Interesse verfolgt. — In der Diskussion rügt Kollege Hertha den mangelhaften Geschäftsbericht und ermahnt den vorliegenden, in Zukunft mit mehr Energie und Feuer seinen Posten zu betreiben, damit unsere Jagdrevue nicht zurückgeht, sondern stetig wächst. Es gebe in Herrnberg noch viel zu thun, daher ihre nächstes Jahr ein Jeder seine Schuldigkeit. — Sodann berichtete der Kassier Hoffmann über die Kassenverhältnisse des letzten Jahres. Redner betont, daß zu einer guten Organisation nicht nur recht viele Mitglieder, sondern ebenso viele gute Beitragszahler gehören. Wenn unsere Kassenverhältnisse in den letzten Jahren so günstig gestaltet wären, so habe die rege Agitation der Kollegen bei dazu beigetragen. Aber auch die Werkstatthalter sind nicht zu vergessen, denn gerade diese sind es, auf welche wir unsere Bemühung am meisten verlassen müssen. Die große Mitgliederzahl der Werkstatthalter hat sich in diesem Jahre alle Mühe gegeben, um das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Das eigentliche Geschäftsjahr ist erst mit dem 31. Dezember zu Ende. Der genaue Kassenbericht liegt erst bei der nächsten Abrechnung vor. Die Gesamtsummen betragen 1897: ohne Dezember 2964,68 M. — 1898: 2192,75 M. Ausgaben für drückende Agitation und drückende Verwaltung 1897: 332,98 M., 1896: 213,20 M. An die Kasse geleistet 1897: 2418,88 M., 1896: 2265,71 M. In der Kasse ist ein Bestand von 111,62 M. — Ein Kassier berichtet, daß bei den Revisionen die Kasse und Bücher nicht in vorzüglichster Ordnung gefunden wurden. Auf Antrag wird der gemeinsamen Ortsverwaltung Decharge erteilt. Es werden gewählt als Bevollmächtigter und als Kassier die hiesigen Inhaber dieser Remter Güte und Hofmann, Exter Kronhor, zugleich zweiter Vorsitzender wird Kollege Ewert durch Kronhor, sowie dritter Revisor und zugleich Schriftführer durch Wiederwahl die Kollegen Kues und Dornbe werden. Als Bibliothekar wird Kollege Bencke wiedergewählt. Im Punkt Verchiedenes stellt der Revisionskommission den Antrag, ihm für die Zeitungsabgabe eine Entschädigung aus der Verbandskasse zu bewilligen. Dieser Antrag wird dem Vorstand zur Beurteilung überwiesen. Ein Antrag, den Kollegen Hammer wegen Unrechtmäßigkeit aus dem Verband auszuscheiden, wird angenommen. Ein Antrag, die zwei bestimmten Werke anzufassen, wird der Bibliothekskommission überwiesen.

Herrnberg. Am 11. Dezember v. J. fand im „Schüringer Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Bergische wurde wieder zum Vertrauensmann gewählt. Bezüglich des Beitrags zum Gewerkschaftsstatut wurde beschlossen, daß jedes Mitglied pro Quartal 10 J bezahlen soll, um die Verbandskasse nicht zu schädigen.

Herrnberg. Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsjelle des D. M. V. am 11. Dez. v. J. Zunächst bringt der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Es haben in diesem Jahre 12 Mitgliederversammlungen und 3 öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen stattgefunden. Dieselben waren im Durchschnitt gut besucht. Durch die energig Agitation der Kollegen, sowie durch die Arbeit der in diesem Jahre gegründeten Agitationskommission stieg die Mitgliederzahl von 285 am Schlusse des Jahres 1896 auf 405 am 1. Oktober 1897. Einen erfreulichen Zuwachs erhielten wir am 1. Juli durch den Uebertritt der Verzinung der Schmiede in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Größere Kämpfe mit den Unternehmern haben in diesem Jahre nicht stattgefunden. Wegen Krankheit am 1. Mai wurden die Metallarbeiter der Holzigen Schiffsverft 10 Tage ausgeperrt, sie wurden aber nach abgelaufenem Frist sämtlich wieder eingestellt. Im Juli wurden ca. 24 Kesselschmiede auf Köbers Eisenwerk entlassen, weil sie unentschuldig einen halben Tag gefehlt haben, um sich über Regelung der Montagegelder zu besprechen. Es fand eine stark besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche eine Kommission wählte, die mit Herrn Köber unterhandelte, worauf sämtliche Leute wieder eingestellt wurden. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen einer hiesigen Kleinwerftstelle stellten Forderungen und legten die Arbeit nieder. Die Unterhandlungen mit dem Unternehmer führten zu einer Einigung, die Arbeit wurde nach ein paar Tagen wieder aufgenommen. — Am 5. September fand das Stiftungsfest statt, welches sehr stark besucht war und einen guten Ueberflus brachte. Im November besuchte die hiesige Jagdrevue die „Elektra“ in Hannover, woran 160 Mitglieder Theil nahmen. Es wurde der im Hofaal des Jahnstr. gehaltenen Experimentavortrag mit großer Interesse verfolgt. — In der Diskussion rügt Kollege Hertha den mangelhaften Geschäftsbericht und ermahnt den vorliegenden, in Zukunft mit mehr Energie und Feuer seinen Posten zu betreiben, damit unsere Jagdrevue nicht zurückgeht, sondern stetig wächst. Es gebe in Herrnberg noch viel zu thun, daher ihre nächstes Jahr ein Jeder seine Schuldigkeit. — Sodann berichtete der Kassier Hoffmann über die Kassenverhältnisse des letzten Jahres. Redner betont, daß zu einer guten Organisation nicht nur recht viele Mitglieder, sondern ebenso viele gute Beitragszahler gehören. Wenn unsere Kassenverhältnisse in den letzten Jahren so günstig gestaltet wären, so habe die rege Agitation der Kollegen bei dazu beigetragen. Aber auch die Werkstatthalter sind nicht zu vergessen, denn gerade diese sind es, auf welche wir unsere Bemühung am meisten verlassen müssen. Die große Mitgliederzahl der Werkstatthalter hat sich in diesem Jahre alle Mühe gegeben, um das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Das eigentliche Geschäftsjahr ist erst mit dem 31. Dezember zu Ende. Der genaue Kassenbericht liegt erst bei der nächsten Abrechnung vor. Die Gesamtsummen betragen 1897: ohne Dezember 2964,68 M. — 1898: 2192,75 M. Ausgaben für drückende Agitation und drückende Verwaltung 1897: 332,98 M., 1896: 213,20 M. An die Kasse geleistet 1897: 2418,88 M., 1896: 2265,71 M. In der Kasse ist ein Bestand von 111,62 M. — Ein Kassier berichtet, daß bei den Revisionen die Kasse und Bücher nicht in vorzüglichster Ordnung gefunden wurden. Auf Antrag wird der gemeinsamen Ortsverwaltung Decharge erteilt. Es werden gewählt als Bevollmächtigter und als Kassier die hiesigen Inhaber dieser Remter Güte und Hofmann, Exter Kronhor, zugleich zweiter Vorsitzender wird Kollege Ewert durch Kronhor, sowie dritter Revisor und zugleich Schriftführer durch Wiederwahl die Kollegen Kues und Dornbe werden. Als Bibliothekar wird Kollege Bencke wiedergewählt. Im Punkt Verchiedenes stellt der Revisionskommission den Antrag, ihm für die Zeitungsabgabe eine Entschädigung aus der Verbandskasse zu bewilligen. Dieser Antrag wird dem Vorstand zur Beurteilung überwiesen. Ein Antrag, den Kollegen Hammer wegen Unrechtmäßigkeit aus dem Verband auszuscheiden, wird angenommen. Ein Antrag, die zwei bestimmten Werke anzufassen, wird der Bibliothekskommission überwiesen.

Herrnberg. Am 11. Dezember v. J. fand im „Schüringer Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Bergische wurde wieder zum Vertrauensmann gewählt. Bezüglich des Beitrags zum Gewerkschaftsstatut wurde beschlossen, daß jedes Mitglied pro Quartal 10 J bezahlen soll, um die Verbandskasse nicht zu schädigen.

Bauhoffer mußte wegen Restrens wieder gestrichen werden. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Bormann als 1., Heyer als 2. Bevollmächtigter, Gärner als 1., Sturm als 2. Kassier, Gotsch, Bencke und Demis als Revisoren. Dann wurde ein Antrag des Kollegen König angenommen, wonach die Ortsverwaltung erwählt wurde, beim Hauptvorstand dahin zu wirken, daß bei den monatlichen Abrechnungen im Verbandsorgan so wie früher die genauen Ausgaben mit benannt sein müßten. (Das kann nur durch Generalversammlungsbeschluß erzielt werden. Red.) Eine Debatte entspann sich noch über die Frage, wer die allgemeine Verwaltungsjelle auf der Konferenz in Ganieln vertreten sollte, wozu bemerkt wurde, daß die daselbst anwesenden Kollegen Bormann und Heyer dies übernehmen würden. Die Anfrage, ob kein Schild an die neue Herberge kommen sollte, wurde dahin erledigt, daß ein solches schon in Arbeit sei. Die Kollegen wurden aufgefordert, die neue Herberge mehr wie bisher zu besuchen.

Halk b. Köln a. Rh. In der am 11. Dezember v. J. abgehaltenen Mitgliederversammlung des D. M. V. erstattete der Bevollmächtigte Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftsstatuts. Dasselbe werde sein Hauptaugenmerk darauf richten, in der allernächsten Zeit eine Statistik über die Arbeits- und Wohnungsverhältnisse der hiesigen Arbeiterbevölkerung aufzunehmen. — In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Honrath als Bevollmächtigter, Neuscher als Kassier, Kupper, Rief und Gekling als Revisoren, Jöhnen als Bibliothekar. Der Bevollmächtigte machte darauf aufmerksam, daß in nächster Zeit ein Flugblatt herausgegeben wird, er fordere die Kollegen auf, sich zahlreich an der Vorbereitung zu beteiligen, ausserdem solle jeder Kollege so viel als möglich für unseren Verband werben und agitieren, damit ihm immer wieder neue Mitglieder zugeführt werden. Auch sei es Pflicht eines jeden Kollegen, die „Rheinische Zeitung“ durch Abonnement zu unterstützen.

Herrnberg. Die Arbeiter der Schuckert'schen Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft wurden kürzlich mit einer Neuerung beglückt. Es wurde nämlich folgende Legitimation gegen Unterschreit an die dort Beschäftigten ausgehändigt: „Kontroll-Karte“

Legitimations-Karte  
beschäftigt im Saal I der  
Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft  
vormals  
Schuckert & Co.  
Ausgefertigt von:  
Müller,  
Betriebs-Bureau.

Diese Karte dient zur Kontrolle des Inhabers während seines Aufenthalts in der Fabrik und ist jeder Arbeiter, Bedienstete u. verpflichtet, dieselbe bei sich zu führen, sowie auf Verlangen dem kontrollierenden Beamten vorzuzeigen. Von zu Verlust gegangenen Karten ist unverzüglich Meldung auf unserem Betriebs-Bureau zu machen, woselbst auch Anstrengende die Karte abzugeben haben. Strafe, im Wiederholungsfall Entlassung, hat Derjenige zu gewärtigen, welcher von dem kontrollierenden Beamten ohne Karte betroffen wird.

Herrnberg, im Oktober 1897.  
Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft  
vorm. Schuckert & Co.

Diese neupolitische Einrichtung rief unter den Arbeitern des Establishments eine tiefgehende Erregung hervor und fand am Sonntag, den 19. Dez. v. J. im „Bürgeraal“ eine allgemeine Metallarbeiterversammlung statt. In derselben wurden vom Arbeitersekretär Segis und anderen Rednern die Verhältnisse bei Schuckert einer scharfen Kritik unterzogen: Die Ursache der Bewegung ist die sogenannte Legitimationskarte, doch liegen zweifellos noch manche andere Beschwerdepunkte vor. Die Aktionäre machen gute Geschäfte, einzelne Betriebsleiter haben enorme Einnahmen, ein Heer von Beamten, Aufsehern u. mit hohen Bezügen ist thätig, dagegen sind die Löhne der Arbeiter sehr niedrig; die Beschäftigung der ungelerten Arbeiter begünstigt niedere Löhne; die Folge davon ist, daß Ueberstunden gemacht werden; manche Arbeiter drängen sich dazu und arbeiten bis zu 20 Ueberstunden die Woche. Selbst bei den Formern ist die Akkordarbeit eingeführt. Was die Behandlung der Arbeiter anbelangt, so ist dieselbe eine rigorose. Manche Meister leisten in puncto Grobheit das Auserbeste. Die Beleuchtung ist in allen Werkstätten eine ungenügende. Die Schleis- resp. Schmitzgeschleichen befinden sich in so schlechtem Zustand, daß die Augen der Arbeiter fortwährend in Gefahr sind. Alle diese Umstände wirken dahin, daß selbst bei dem gebildigten Arbeiter sich ein Groll ansammelt, der bei irgend einer Gelegenheit zum Ausbruch kommt. Die Legitimationskarten sind an sich keineswegs ehrverlegend, verlezend nur die Art und Weise, wie diese Maßregel durchgeführt werden sollte. Ein Strafgehebuch in Weisentaschenformat bildete der Ufa, den die Arbeiter als Legitimation mit sich führen sollten; jedem Antreiber wäre damit die Befugnis eingeräumt, zu strafen und zu kuppeln. Die Betriebsleitung hat nun den Ufa-Brief zurückgezogen und durch eine einfache Legitimationskarte ersetzt, die ebenfalls überflüssig erscheint, doch lohnt es sich nicht, deswegen einen Konflikt herbeizuführen. Die Betriebsleitung ist jetzt bemüht, die erregten Gemüther zu beschwichtigen. — Im „Kurier“ erschien vor Kurzem ein langer Artikel über die „Wohltätigkeits-Einrichtungen“ dieses Unternehmens. Dieselben haben aber in der Hauptsache nur den Zweck, die Arbeiter an die Fabrik zu fesseln, dem Unternehmen einen Stamm von geübten Arbeitern zu sichern und die Arbeiter von ihren Klagengegnossen zu isolieren. Alle Aufwendungen, die für diese so sehr gerühmten Einrichtungen gemacht werden, haben die Arbeiter vorher verdienen müssen. Jetzt richtet man sich zu neuen „Wohltäten“: An die Nachtischarbeiter wird warme Abenduppe verabreicht. Auch ein Arbeiterausflug soll errichtet werden, doch darf man sich von denselben nicht allzu viel versprechen, denn dessen Beschaffung erlangen erst durch die Zustimmung der Betriebsleitung bindende Kraft, jeder Einfluß auf den technischen Betrieb ist ausgeschlossen. In Bezug auf Lohnhöhe, Arbeitszeit u. können die Ausschüsse nur Vorschläge machen, gegen die Arbeiter aber haben sie sehr weitgehende Rechte. Bei der Wahl derselben müssen daher die Arbeiter sehr vorsichtig sein und dürfen nur Leute wählen, die Kopf und Herz auf dem rechten Fied haben, keine Marionetten der Betriebsleitung.



Diese Arbeiterausschüsse müssen jedoch auch ihre Stütze in ihren Kollegen haben und dazu gehört die gewerkschaftliche Organisation. Die Schuderer'schen Arbeiter bedürfen dringend der Organisation, ihnen fehlt noch dieser Rückhalt. Sie werden ihren Wünschen und Forderungen erst dann Nachdruck verleihen können, wenn sie sich dem Metallarbeiterverband anschließen, der zur Zeit über 60 000 Mitglieder zählt und ja 500 000 M. Jahreseinkommen hat, welche zum größten Theil für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verwendet werden. Die Wohlfahrts-Einrichtungen (Grafikaktionen, Konsumanstalten, Arbeiterwohnungen etc.), von denen so viel Aufhebens gemacht wird, befördern nur die Abhängigkeit von den Unternehmern, deshalb ist, um einen Ausgleich herbeizuführen, die Organisation notwendig. Daß diese von den Schuderer'schen Arbeitern besser gepflegt wird als bisher, dazu dürften hoffentlich die jüngsten Vorkommnisse in diesem Etablissement beitragen haben. — Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten in jeder Richtung einverstanden, die Einrichtung eines Arbeiterausschusses findet Zustimmung, jedoch ist sich die Versammlung bewußt, daß derartige Einrichtungen dem Arbeiter nur dann zum Vortheil gereichen können, wenn energische Arbeiter den Ausschuß bilden und hinter den Ausschußmitgliedern eine kräftige Organisation steht. Deshalb verpflichten sich die Anwesenden, sich sammt und sonders dem Deutschen Metallarbeiterverband anzuschließen.“

**Neckarau.** In der am 19. Dezember v. J. abgehaltenen Versammlung des D. M. V. wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Peter Schleich, Wingerthür, 850, als Bevollmächtigter; Georg Muley, Kaiser Wilhelmstr., als Kassier; Christoph Berch, Franz Christ und Hans Roth als Revisoren.

**Neuhaus a. P.** In Mosenberg fand am 19. Dezember v. J. eine Metallarbeiterversammlung statt, in der Herr Enzner aus Nürnberg über „Die Wirkung der Organisation auf die Lage der Arbeiter“ referirte. In der Versammlung wurde auch das Verhalten des Werkmeisters Ulmer bei E. Auerbach u. Co. in Rothenbruck kritisiert. Dieser Herr, dem jetzt wegen verschiedener Vorkommnisse seine Stelle gefährdet ist, renomirte früher gewaltig, daß er dem Verbands angehört, und forderte einzelne Arbeiter auf, sich demselben anzuschließen, jetzt aber, nachdem seine Kündigungsscheine bald zu Ende geht und er noch keinen anderen Werkmeisterposten gefunden zu haben scheint, sucht er sich bei den Fabrikherren dadurch wieder einzuschmeicheln, daß er über den Verband und über die Arbeiter in der schärfsten Weise loszieht und sich sogar vor Angehörigen nicht scheut. Das stärkste Stück aber ist, daß er zum Pfarrer läuft, damit derselbe seine Berechtigung beim Prinzipal zu Gunsten Ulmer's aufbiete. Er fühlt, daß es doch schöner ist, den Werkmeister zu spielen, als sich von einem Werkmeister seines Schlags in nicht besonders anständiger Weise behandeln zu lassen. Wiederholt verlangte er von den Arbeitern, daß sie nach Feierabend arbeiten sollten, was dieselben aber so lange verweigern, als keine Prozente bezahlt werden. Die Firma, die gegen ihre Arbeiter sehr human ist, scheint von den Machinationen ihres Werkmeisters gar nichts zu wissen. Die Arbeiter werden schon dafür sorgen, daß die Bäume des Herrn Ulmer nicht in den Himmel wachsen, und es wird noch eine Zeit kommen, wo er froh wäre, wenn er überhaupt noch in den Metallarbeiter-Verband aufgenommen würde.

**Offenbach a. M.** In der am 13. Dez. vor. J. abgehaltenen Versammlung der allgemeinen Verwaltungsstelle erstattete der Bevollmächtigte den Jahresbericht. Danach fanden im abgelaufenen Jahre 23 Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung statt, in welchen 9 Vorträge gehalten wurden. In Differenzen wurde die Zahlstelle zweimal verwickelt; im ersten Falle verlief die Sache resultatlos, der zweite schwebt noch. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Ernst Martersteig als 1. Leint. Schweizer als 2. Bevollmächtigter, Martin Graf als 1. Josef Käppel als 2. Kassierer und Peter Horch, Emil Wermann, Adam Schmidt als Revisoren. Da von dem derzeitigen Wirth „Zur Stadt Heideberg“ den Gewerkschaften die Zentralherberge gekündigt wurde, wurde dem Antrage des Kartells gemäß beschlossen, dieselbe nach dem Restaurant „Zum Strich“, Schloßstr. 6, zu verlegen. Ferner wurden noch von verschiedenen Kollegen die traurigen Zustände bei der Firma Kivitz kritisiert und wurde beschlossen, das Material der Agitationskommission zu überweisen. Mit einem Appell des Vorsitzenden an die Kollegen, die Versammlungen immer so zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Erberg.** Am 12. Dezember v. J. fand hier eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege A. Schlichte-Stuttgart über Zweck und Nutzen der Gewerkschaften referirte. Neben behandelte in seinem Vortrage hauptsächlich die Verhältnisse in der Urcundindustrie des Schwarzwaldes. Mit der Organisation geht es zwar langsam, aber stetig vorwärts, unsere Verwaltungsstelle ist auf 80 Mitglieder gestiegen, in kurzer Zeit werden wir die stärkste auf dem Schwarzwalde sein. Also vorwärts, Kollegen!

**Wien.** Der Streik der Wiener Arbeiter ist beendet. Die Arbeiter haben die Arbeit vorläufig wieder aufgenommen und sich mit den gewährten Konzessionen einverstanden begnügt. Nicht Mangel an Unterstützung, nicht Bankrott der Arbeiter waren Veranlassung hierzu, sondern einzig und allein die ungünstiger werdende Geschäftslage lieg es für geboren erscheinen, für heuer einen Waisenstillstand zu schließen. Und wenn die Unternehmer in ihrem Organ „Die Arbeit“ triumphirend berichten, daß der Streik unglücklich beendet sei, was nur selbstverständlich wäre, da es den Arbeitern ohne Grund „eines Tages einfiel“, Forderungen zu stellen, so mögen die Herren gefälligst nur nicht zu früh triumphiren, wir werden uns „eines Tages“ wieder sehen. „Die Arbeit“ behauptet aber weiter und schlägt damit der Wahrheit kühn ins Gesicht, daß nicht einmal Konzessionen gewährt wurden. Dem gegenüber sei Folgendes erwähnt: Wir hatten neben der ersten Forderung „Arbeitsruhe“ als zweite Forderung „11 fl. Minimallohn“ aufgestellt. Die Fabrikanten bewilligten 10 fl. Minimallohn und eine 25prozentige Lohnerhöhung der Feiertagsarbeit. Dadurch erhalten eine große Zahl Arbeiter, die sich bis jetzt mit 7, 8 und 9 fl. begnügen mußten, 10 fl. Wochenlohn. Es bleibt somit jedem objektiven Beurtheiler

überlassen, zu konstatiren, wer gelogen hat. Um sich aber an den Arbeitern für den zugefügten Schaden zu rächen, sperren die Unternehmer ca. 150 Arbeiter aus. Was erreichen nun die Herren damit? Daß sie der Organisation der Arbeiter keinen Schaden können, wissen sie; daß die Leute so lange unterdrückt werden, als sie ausgebeutet sind, wissen die Herren ebenfalls; was sie erzielen, ist einzig und allein, die Arbeiter nach wie vor zur größten Erbitterung zu reizen, zu beweisen, daß die Arbeiter keine größeren Feinde haben als ihre eigenen Arbeitgeber.

**Torgelow.** 23. Dezember 1897. Da man durch alle möglichen Machinationen versucht, die Sache der ausgebeuteten Arbeiter in ein schlechtes Licht zu setzen, und hauptsächlich der „Pasevaller Anzeiger“ sein Möglichstes darin leistet, aus der Wahrheit das Gegentheil zu machen, so war es nöthig, überall dort, wo es möglich war Versammlungen abzuhalten, um Aufklärung über die Entstehungsurkunden des Ausstandes zu geben. Allerdings wurde diesem Unternehmen von vielen Seiten Widerstand entgegengelegt. Die Säle wurden zwar nicht von den Lokalbehörden verweigert, wohl aber von der hochwohlwollenden Ortsbehörde die Versammlungsgenehmigung. — Versammlungen waren bis jetzt möglich in Torgelow selbst, wo jede Woche ganz bestimmt eine solche stattfand, ferner in Uckermünde, Pasewalk und Jagnitz. In anderen Orten aber sucht man das Abhalten von Versammlungen zu verhindern. So hatte ein Lokalbesitzer in Eichhof sein Lokal zugesagt, mußte aber seine Zusage wieder zurückziehen. Warum? Das zeigt folgender Brief:

„An Herrn Gastwirth W. Penschke in Torgelow.  
Eichhof den 21. Dezember 1897.  
Lieber Freund!  
Bitte doch dem Herrn Vorsitzenden von den Formern mitzutheilen, daß ich mein Lokal zu wagen nicht freigegeben kann, weil ich die Erlaubniß von unserem Herrn Amtsrath nicht bekomme. . . .  
Hochachtungsvoll  
F. Hartwig, Gastwirth.“

Aber auch in Torgelow sucht man das Abhalten der Versammlungen zu verhindern, dadurch, daß man von Seiten des Herrn Amtsvorsethers eine feste Frist setzt, wie folgende Versammlungsbewilligung zeigt:

Torgelow, 21. Dezember 1897.  
Der Metallarbeiter-Verein hat für Dienstag, den 21. Dezember 1897, eine Versammlung angemeldet, welche hiermit becheinigt wird. —  
Versammlungszeit 8 Uhr — Schluß 10 Uhr.  
Der Amtsvorsetzer:  
Ed. Schulze.

All dies aber bietet nur neuen Stoff zur Abhaltung von Versammlungen, deren Zweck und darin herrschender Geist zeigt, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, den dänischen Bestimmungen der Arbeitgeber nachzugeben. Dies zeigt auch die immer mehr anwachsende Zahl der Mitglieder der Organisation und der Wuth und die Ausdauer der Ausgesperrten. — Briefe und Sendungen sind zu adressiren an Karl Friebe, Torgelow, Lindenstr. 25.

**Mechaniker.**

**Stuttgart.** Seit der Feinmechaniker etc. Am 18. Dez. vor. J. fand unsere außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Herr W. W. hielt einen Vortrag über Hygiene, speziell für die arbeitende Klasse. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Pischke als Bevollmächtigter, Wägele als Kassierer, Strüz, Jähringer und Böhner als Revisoren. Die Versammlung war leider wieder schwach besetzt, es waren im Ganzen 26 Mann erschienen. Es ist eine traurige Thatsache, daß gerade die Versammlungen unserer Section am schlechtesten besucht sind. Die Kollegen sollten doch endlich einsehen, daß es nicht genügt, die 20 M. jede Woche zu zahlen, sondern daß auch die Versammlungen besucht werden müssen, denn nur durch einmüthiges Zusammenwirken können wir eine Verbesserung unserer Lage erringen. Darum rüthelt Euch auf, Kollegen, besucht die Versammlungen und Jhr die Jhr noch nicht im Verbands seid, tretet ein, steht nicht hinter den andern Metallarbeitern zurück.

**Schläger.**

**Großschönau.** Die Vorkommnisse der letzten Zeit veranlassen uns sie der Öffentlichkeit zu übergeben. In der Schiffner'schen Werkstatt sind die organisierten Kollegen nach und nach (alle Wochen zwei Mann) entlassen worden. Es haben nur noch sehr wenige die Ehre, bei Herrn Schiffner in Arbeit zu stehen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese seine Handlungsweise nur eine Antwort auf die Streitfrage vom vorigen Jahre ist. In der Werkstatt von Weber u. B. ist es wurde eine Lohnreduzierung von 14 Prozent angefragt, deren Durchführung an der Einmüthigkeit der dort beschäftigten Arbeiter scheiterte. Reduzirt ist aber dennoch worden, wenn auch nur um 3 1/2 Prozent; hierfür sind aber vortheilhaftere Einrichtungen getroffen worden, so daß deshalb von einer Schädigung der Arbeiter nicht die Rede sein kann. Des Weiteren wollte auch diese Firma des Schiffner'sche Mitarbeiter nachmachen (angeblich wegen der Mac Kinley-Bill), nämlich Leute fortzuschicken. Dieses ließ sich aber nicht so leicht ausführen, da fast sämtliche dabelst arbeitende Kollegen dem Verband angehören, was bei Schiffner nicht der Fall ist. Die Kollegen stellten das Ansuchen an die Firma, die Arbeitszeit zu reduzieren, damit die Entlassungen umgangen werden könnten. Nachdem sich die Firma hiermit einverstanden erklärte, wurde eine Arbeitszeit von acht Stunden pro Tag festgesetzt. Es zeigt sich hierdurch recht deutlich, welche ein Vortheil es für die Arbeiter ist, wenn sie organisiert sind und einmüthig vorgehen. Möchten doch endlich die am Ort und noch fernstehenden Kollegen der Schlägerbranche, sowie auch die übrigen hier beschäftigten Metallarbeiter, in erster Linie die Schlosser, dieses erkennen. Vorwiegend die Schlosser sind es, welche alle Ursache hätten, sich uns anzuschließen, um eine Regelung ihrer durchaus ungünstigen Verhältnisse herbeizuführen zu können. Also, Metallarbeiter, rafft Euch auf, erkennt Eure traurige Lage und tretet dem D. M. V. bei, denn nur dann kann abgeholfen werden. In unserer letzten öffentlichen Versammlung vom 12. Dezember v. J. wurde beschlossen, in aller nächster Zeit hier ein Gewerkschaftskartell zu gründen.

**An die deutschen Metallarbeiter.**  
Von dem Protokoll des letzten Internationalen Metallarbeiter-Kongresses sind noch Exemplare vorhanden und können von der Expedition der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ bezogen werden. Gleichzeitig werden die Genossen, welche noch mit Zahlungen für die bezogenen Protokolle im Rückstande sind, ersucht, unverzüglich die rückständigen Beträge einzusenden, widrigenfalls die Namen in einer der nächsten Nummern veröffentlicht werden müssen.  
Martin Segel,  
Intern. Korrespondent der deutschen Metallarbeiter.

**Abrechnung**  
Über den Unterstützungsfonds der Allgemeinen Franko- und Bierkassette der Metallarbeiter (E. H. Nr. 28) Hamburg.

Einnahme: Kassenbestand vom 14. Juli 1897. 1241,78.  
Von W. Hoffmann-Budau 15 M. Schmidt, Filiale Hannover 25. Berliner Verwaltungen 13,05. B. Arapf-Würzburg 9. E. Speth-Oberbill 20. W. Fannel-Oberbill 60. C. Pafsch-Kassel 25. Filialen Berlin III und IV 11,40. Zinsen 80. Sa. 1450,23.  
Ausgabe: An Franz Schäfer-Godeberg 10. Wwe. Kempf 25. Eggert-Budau 25. Mault-Mühlburg i. Baden 30. D. Süßle in Hiltheim 20. C. Niedhoff-Eudenburg 30. Donstach-Bill 25. Layen-Parburg 30. Porto 2,05. Summa 197,05.

Bilanz.  
Einnahme 1450,23  
Ausgabe 1253,18.  
Kassenbestand 197,05.  
Braunschweig, 12. Dezember 1897.  
Vorsitz: Hr. Ciermann, Weststr. 5.  
Revidirt: Hr. Wegener Herm. Christoph.

**Vermishtes.**

**Änderung des bayerischen Vereinsgesetzes.**  
Der Centrums Abgeordnete Joseph Geiger hat als Korreferent an den Vereinsgesetz-Ausschuß des bayer. Landtages einen Antrag eingereicht. Dieser geht dahin: Es sei die L. Staatsregierung zu ersuchen, dem gegenwärtig verhandelten Landtage einen Gesetzesentwurf vorzulegen, welcher die Abänderung und beziehungsweise Ergänzung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Februar 1850, die Versammlungen und Vereine betreffend, insbesondere in nachstehenden Richtungen bezieht:

- A. Bezüglich der Versammlungen.**
1. Den in Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Versammlungen beizuwohnen, sei zwar Frauenpersonen, nicht aber Minderjährigen gestattet.
  2. Die in Art. 2 Abs. 1 normirte Anzeigepflicht oblige nur demjenigen, welcher die Einladung erläßt, nicht aber auch demjenigen, welcher den Platz zur Abhaltung der Versammlung einräumt.
  3. Die Ertheilung der nach Art. 4 Abs. 1 eingeholenden Zustimmung der Gemeindeverwaltung könne durch Beschluß dem Bürgermeister übertragen werden; ferner sei die Distriktpolizeibehörde zu ermächtigen, für minder bedeutende Versammlungen der in Art. 4 Abs. 1 genannten Art die Ertheilung der bezüglichen Genehmigung dem Bürgermeister des Ortes zuzuwenden.
  4. Für die in Art. 4 Abs. 2 bezeichneten, nicht herkömmlichen kirchlichen Prozessionen, Wallfahrten etc. bedürfte es lediglich der vorher zu erhaltenden Anzeige bei der Distriktpolizeibehörde.

- B. Bezüglich der Vereine.**
1. Als Vereinsversammlungen seien diejenigen Versammlungen nicht anzusehen, welche zwar von Vereinen oder einzelnen Vereinsmitgliedern veranstaltet werden, zu welchen jedoch allgemeine Einladung ergeht; solche Versammlungen unterliegen lediglich den Bestimmungen der Art. 1—9 des Gesetzes.
  2. Daß in Art. 15 hinsichtlich der Frauenpersonen und Minderjährigen enthaltene Verbot beziehe sich in Ansehung der großjährigen Frauenpersonen nicht auf jene Vereine, welche nur wirtschaftlichen Zwecken oder nur Zwecken der Erziehung, des Unterrichts, der Armen- und Krankenpflege dienen.
  3. Bezüglich der Versammlungen politischer Vereine, für welche Zeit und Ort nicht bereits festzulegen ist, sei die Anzeigepflicht, der Vorsitzender, — Art. 16 Abs. 2 — auf die Anzeige bei der Distriktpolizeibehörde nach Maßgabe des Art. 2 zu beschränken.
  4. Daß in Artikel 17 erwähnte Verbot beziehe sich nur noch auf die Verbindung mit politischen Vereinen, welche außerhalb des Deutschen Reichs ihren Sitz haben, und sei die Staatsregierung befugt, Ausnahmen von diesem Verbote zu gewähren.

**C. Bezüglich der Straf- und Schlußbestimmungen.**

1. Die bisher mit der Strafe des Art. 21 bedrohte Zuwiderhandlung gegen Art. 4 werde nunmehr der Strafe nach Art. 20 unterstellt.
2. Die Wahlvorversammlungen für den Reichstag seien in die Bestimmung des Art. 26 einzubeziehen. —  
Wenn auch der vorliegende Antrag einige Verbesserungen des unreaktionären bayerischen Vereinsgesetzes enthält, so zeigt er doch die ganze Unfähigkeit der bayerischen Centrumsdenkart und zugleich die Unklarheit der bayerischen Centrumsjuristerei. Denn der Versuch, eine feste Umgrenzung der Begriffe öffentliche Versammlung, politische Versammlung und eine Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen, öffentlichen und politischen Angelegenheiten zu geben, muß als mißglückt bezeichnet werden. Nach wie vor behält die Regierung eine weitgehende Befugniß in der Hand, die in kritischen Zeiten allen Parteien sehr verhängnisvoll werden kann. Nach wie vor werden die „Minderjährigen“, die doch zur Arbeitskraft, zum Kriegsdienst herangezogen werden, hier beeinträchtigt und geduldet. Eine wirkliche Lösung der Schwierigkeiten kann nur durch das Aufheben aller Privilegien, durch Gewährung voller Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit herbeizuführen werden.



Litterarisches.

Von der Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring (Stuttgart, Dieck Verlag) sind Heft 25 und 26 erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kap. VI. 4. Die erste Probe des allgemeinen Wahlrechts. 5. Die parlamentarischen Anfänge der Sozialdemokratie. Kap. VII. Das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus. Kap. VIII. Deutsche Gewerkschaften. 1. Demokratisches Wochenblatt und Sozialdemokratie. 2. Hamburger Generalversammlung und Münchener Vereinsstag. 3. Die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Bewegung. Kap. IX. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. 1. Agitation in Süddeutschland und Sachsen.

Das komplette Werk wird ca. 98 Lieferungen à 20 S umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist. — Alle Buchhandlungen und Kolporteurs nehmen Bestellungen entgegen.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. M. Dieck Verlag) ist ferner das 13. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Umfall des Zentrums. — Die Theorie und Praxis der englischen Gewerksvereine. Von Dr. C. Hugo. — Mein Schlusswort. Von August Bebel. — Ein Blick auf die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von Dr. Gustav Baum. — Statistisches aus Holland. Von W. G. Vliegen. — Litterarische Rundschau. — Feuilleton: Der gelbe Domino. Roman von Marcel Prévost. (Schluß).

Im Verlag von J. G. M. Dieck in Stuttgart ist im Erscheinen begriffen: Die Geschichte der französischen Revolution von 1788 und der ersten Republik. Vollständig dargestellt von Louis Blanc. Herausgegeben und erweitert von W. Eichhoff und Ed. Bernheim.

Das vorliegende Werk ist für unentgeltlich an die D. M. Z. Die Deutsche Revolution, anschließend. Durch eine schwere Erkrankung mit darauffolgendem Tod von Wilhelm Eichhoff wurde es verhindert. Nun hat Ed. Bernheim in London die Handschrift gefunden, das aus dem Französischen ins Deutsche übertragene Manuskript durchzugehen und so die Herausgabe zu ermöglichen.

Das Werk zerfällt in zwei Abteilungen: 1. Volk und Bourgeoisie unter der Restauration und dem Bourbonnenthum. 1814—1848. II. Die zweite Republik. 1848 bis 1852.

Heft 1—10 liegen bereits vor: sie behandeln die Restauration und das Juli-Königreich bis zur Februar-Revolution.

Das Werk wird ca. 25 Lieferungen umfassen. Alle vierzehn Tage erscheint ein Heft zum Preise von 20 S.

„In freien Stunden“. Von dieser Zeitschrift sind bereits zwei Jahrgänge erschienen. Jeder dieser beiden Jahrgänge bildet ein abgeschlossenes vollständiges Ganzes. Der erste Jahrgang enthält den großen historischen Roman von Victor Hugo: 1793 und eine Novelle von Robert Schweigel. Der zweite den interessanten Elise Orzeszkowa Roman aus der Gegenwart: Der Kampf um die Schöle, sowie zwei Erzählungen von Robert Schweigel. Der Preis beträgt für den eleganten Original-Leinenband M 3.50, für den vornehmen Halblederband M 4. Wie gesagt, ist jeder einzelne Band ein selbständiges, abgeschlossenes Buch und können wir unseren Lesern, die ein gutes und vornehm ausgestattetes Buch, das jeder Bibliothek zur Zierde gereicht, als Freigabe geschenkt verwenden wollen. Wie schön illustrierten Jahrgänge „In freien Stunden“ zu empfehlen. Auch der Victor Hugo'sche Roman „1793“ ist in elegantem Leinenband zum Preise von 3 M einzeln zu beziehen.

Die Arbeitslosigkeit und die moderne Wirtschaftsentwicklung. Eine Mahnung zur Vorsicht gegen die der obligatorischen Arbeitslosenversicherung und dem kommunalen Arbeitsnachweis. Von Dr. F. W. Jörpke. Berlin, Verlag für soziale Kultur. M 1.

Erzähltes Lesebuch für das Jahr 1898. Märchen, Fabeln, Legenden, Novellen, Gedichte, Berechnungen, Preise und Bezugsquellen auf dem Gebiete des Bau- und Ingenieurwesens in alphabetischer Anordnung von Hubert Joly. Ja. 1200 Seiten. Preis elegant in Leinenband gebunden, mit Goldschnitt und Rothdruck 8.4. Nr. 148 in den Text gebunden. Leipzig, J. F. Köhler.

Die Heft 77, das fünf Bogen stark erschien, schließt Band III des „Volks-Lexikon“, herausgegeben von Emanuel Baum, Verlag von W. G. M. Dieck & Comp. in Stuttgart. In den Heften 74—77 sind folgende größere Artikel enthalten: Literarische Arbeiterbewegung, deren Entstehung und Entwicklung, die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie und deren Vertreter; Paraphrase, Ordnung der Duffangarten (Wiederbauer u.), Pacht, Pädagogik, Regierungsbüro, Kunst, wissenschaftlich, Papier, deren Geschichte, Herstellung und gebräuchlichste Formate, Paragrafen, Parlament, Das Paragrafen, Patentreiben, Perse, Peru, deren Geschichte, Entstehung und gegenwärtiger Zustand u. s. w., Pflanzensysteme, marter Bau derselben, Pflanzen-Physiologie, andere Gelehrte derselben, Philosophie, Geschichte derselben, Phosphorsäure, deren Verfahren und Apparate, Pflanz, Pflanz, Pflanzenbau, Pflanzländer, Polen (Geschichte u. s. w.), Pflanzarbeiter, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Portugal, Portugal (ausführliche Schilderung der geographischen Lage, seine Bewohner in Industrie, Landwirtschaft, seine Geschichte u. s. w. ca. 60 Seiten), Dänemark, Dänemark. — Alle 14 Tage erscheint ein Heft. Das Volks-Lexikon kann durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs u. s. w. und durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungskatalog unter Nr. 7089, im bayerischen Postzeitungskatalog unter Nr. 772 eingetragen.

An alle Ortsverwaltungen des D. M. Z. richten wir die dringende Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsvorstand anzugeben zu wollen, welche nicht so vielen Änderungen unterworfen sind, als wir dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der

stets größer werdenden Auflage würden stabile Adressen den Zeitungsvorstand wesentlich erleichtern. Ferner eruchen wir, alle Änderungen so zeitig abzugeben, daß wir sie noch am Dienstag erhalten.

Die Exped. der „D. Met.-Arb.-Ztg.“

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Jachen. Samstag, 8. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schünings, Bergstr. 25.

Krefeld. Sonnabend, 8. Jan., bei Banse. Abrechnung. Lesabend.

Bergedorf. Am 8. Jan., in „St. Petersburg“, Wwe. Wande. Kartellbericht. Abrechnung vom 4. Quartal. Wahl zweier Kartelldelegierten und eines Revisors. Stellungnahme zum Bericht der Regulativ-Beratungskommission. Wintervergütung. — Nach der Versammlung Kommerz.

Brandenburg. (Sektion der Feizer und Maschinenwärter.) Unsere Versammlungen finden von jetzt ab jeden ersten Sonntag im Monat statt, nächste am 2. Jan. Wahl der Verwaltung.

Helmenhorst. Am 5. Jan., bei Dieckhoff. Wahl der Ortsverwaltung. Abrechnung.

Triefen. Sonnabend, 8. Januar, Abends 8 Uhr, bei Helmenhorst. Beschlußfassung über das Jahresschick.

Waldorf. (Mitt.) Samstag, 8. Jan., bei Schwarz. Schluß. Abrechnung vom 4. Quartal. Jahresbericht.

Wiesenburg. Sonnabend, 8. Jan., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus „Hoheloh“. Abrechnung vom 4. Quartal. Jahresbericht.

Freiburg i. S. Samstag, 8. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Schwane. Ede der Velfort- und Volkst. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Gröben a. O. Sonnabend, 8. Jan., Abds. 8 Uhr, bei Hahn (Hotel zur Sonne), Gröben a. O. Vortrag. Vergütung. Zeitungsfrage. Lokalfrage.

Haldersdorf. Am 8. Januar, Abds. halb 9 Uhr, bei Hollmann, Wadenstr. 69.

Hannover. (Sektion der Mechaniker u. v. B.) Dienstag, 4. Jan., bei Ruppel („Paffage-Restaurant“). Abrechnung. Jahresbericht.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 8. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Zechner, Lange Str. 2.

Hörde i. Westf. Sonntag, 9. Jan., in Meier's Lokal, Champestr.

Kaiserlautern. (Mitt.) Samstag, 8. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im „Gefährtenhaus“, Sternstr. 25. Jahresbericht. Sonderbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Karlruhe. (Sektion der Bauarbeiter.) Sonntag, 2. Jan., Vorm. halb 10 Uhr, in der „Kornma“.

Karlruhe-Mühlburg. Samstag, 1. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im „Mitter“.

Köln. (Alle Sektionen.) Sonntag, 2. Jan., Nachm. 4 Uhr, im Lokal des Herrn Schneider („Zur Glocke“), Waidmarkt 27.

Königsberg i. P. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im „Johannesbad“.

Köpenick i. P. Regelmäßig alle 14 Tage am Sonntag in der „Lohnhalle“.

Köpenick. (Sektion der Heimer.) Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Korte, Eberstr. 3.

Köpenick. Jeden ersten Samstag im Monat, Abds. halb 9 Uhr, im Restaurant Wilhelm Bog. Wilhelmstr.

Köpenick. Sonntag, 2. Jan., Nachm. 2 Uhr, in der „Lohnhalle“. Vortrag von Gen. Koning.

Mannheim. (Sektion der Bauarbeiter.) Samstag, 8. Jan., im „Weiden Weg“, G. 2, 6.

Mannheim. (Sektion der Spengler und Kupferl.) Jeden ersten Mittwoch im Monat in der „Zentralisation“ T. 6. III.

Mühlberg. Sonntag, 9. Jan., Nachm. 3 Uhr.

Mühlberg. (Sektion der Metzgerindustrie.) Sonntag, 9. Jan., Nachm. 3 Uhr, bei Gries. Tischmannsplatz. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Regensburg. Samstag, 8. Jan., Abds. 8 Uhr, im „Mitter“. Vortrag. Abrechnung.

Reutlingen. Samstag, 8. Jan., Abds. 8 Uhr, im „Gartenhof“.

Reutlingen. Freitag, 31. Dezember im „Mühle“.

Wandorf. Mittwoch, 5. Jan., Abds. halb 9 Uhr, in der „Zentralherberge“, Sternstr. 23. Antrag: Die Versammlungen alle Monate abzuhalten.

Witten. Sonnabend, 8. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Hermanns, Jagelabnd. Wahl eines Bevollmächtigten.

Witten. Freitag, 31. Dez., Abds. 8 Uhr, gemütliche Kamerabesprechung im „Blauen Boot“. Dajelst können Beiträge entrichtet werden.

Zerberg. Die Herberge befindet sich Eisenstraße 4. Dajelst Anzeigung des Reisesgeldes. — Der Vertrauensmann, Karl Reitzinger, wohnt Hülstr. 40. Die Kollegen werden ersucht, denselben nicht in der Fabrik, sondern nur in der Wohnung Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 6—8 Uhr anzutreffen.

Brandenburg. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß wir unsere Herberge vom 1. Januar 1898 ab Wollweberstraße 3, in der „Zentralherberge“ bei Frau Weibart befindet. Reisesgeld wird ebenfalls dort ausgezahlt.

Göppingen. Die Zentralherberge befindet sich bei Kollege Wimmer („Stuttgarter Post“, früher „Lindenmeyer“), Schloßstraße 8. — Dajelst wird auch Neuwahlung ausgesetzt.

Waldorf. Vor dem Ducker Heinrich Glog, geb. zu Götzen 1868, B. Nr. 178 704, wird gewarnt.

Köpenick a. H. Gewerkschaftlicher Agitations-berem Kundgebungsausschuss. Sammlische hier durchreisende Kollegen werden dringend ersucht, in der Zentralherberge Wappens zum „Tisch“, Waidmarktstr. 1, zu verkehren, wo-

selbst auch die Fachblätter sämtlicher Organisationen aufliegen.

Waldorf. Der Schlosser Hermann Meier, Hauptstr. 15 306, zuletzt in Werdohl, wird gebeten, seine Adresse unverzüglich an den Bevollmächtigten Otto Horn, Braungasse 45, gelangen zu lassen.

Mun. Vom 1. Januar an befindet sich Verkehrslokal, Herberge und Reisesgeldauszahlung im Vereinshaus der Gewerkschaften, Uln a. d. W., „Gasthaus zum weißen Kopf“.

Freie Vereine.

Waldorf. Sonnabend, 8. Jan., Abds. halb 9 Uhr, in der „Mühlenterrasse“. Wahl des Vorstandes.

Gestorben.

In Chemnitz am 25. Dez. vor. J. der Schmied Friedr. Karl Hübner, geb. am 28. Dez. 1862 in Babian, durch Erschleichen. — In Oberrode am 28. Dez. v. J. Josef Beckmann, an Nieren- und Leberkrankheit.

Öffentliche Versammlungen.

Bernburg. Sonnabend, 8. Jan., Abds. 8 Uhr, im „Thüringer Hof“, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Vortrag. Referent: Genosse Mohs. Abrechnung.

Privat-Anzeigen.

Gelbgießer, 27 Jahre alt, verheiratet, welcher ja 2 Jahre bei einem Kupferschmiedemeister die Gelbgießerei führt, sucht anderweitig dauernde Stellung als solcher oder als Dreher. Offerte unter N. 8. an die Exped. d. Bl.

Messerschmiedegelle, tüchtig im Schmieden und Schleifen langer Artikel findet bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. [1] C. Hebel, Offenbach a. M.

Ein Feilsehauer gesucht.

Gg. Küllepp, Eilneburg a. Saube.

Als Broschüre ist erschienen:

Das

Unterstützungswesen

der Gewerkschaften

insbesondere die

Arbeitslosen-Unterstützung

und deren Einführung im

Deutschen Metallarbeiterverband.

Hiede von Martin Segitz

auf der dritten ordentlichen Generalversammlung des D. M. Z. zu Braunschweig am 21. April 1897.

36 Seiten. Preis 10 S. in Partien von mindestens 10 Exemplaren 5 S pro Exemplar, gegen vorherige Einzahlung des Betrages. — Straiger Ueberschuss fließt in die Kasse des D. M. Z.

Bestellungen und Geldsendungen werden an J. Jherm, Nürnberg, erbeten.

Quittungsmarken, Rabattmarken, Hautschukstempel, sowie alle Druckerarbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth Konrad Müller, Schenkendik-Feipzig.

Wir empfehlen unseren Lesern die neue Wochenschrift In freien Stunden. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Preis pro Heft nur 10 S. Zur Zeit erscheinen illustrierte Erzählungen von Robert Schweigel: Aus dem Leben der Enterbten. II. In Acht und Bann. III. Die Weber von Obergetersdorf. Man abonniert bei allen Buchhandlungen oder bei der Post (Postzeitungskatalog für 1897 Nachtrag 1, 3537a.) Soeben erschien Heft 50 und 51.

Scherm's Reisehandbuch für 2. Auflage. Mit 1 Eisenbahnkarte und zwei Straßentarten, geb. M. 1.50. Ca. 2000 Fußreisestouren u. Fingerführer zur Berechnung des Reisesgeldes bei den Eisenbahnen: Brauer, Horner, Fabrikarb., Goldarb. (Berk.) Metallarb., Tabakarb., Berggold. Soeben erschienen i. Kaffahrer. Zu bez. auch geg. Briefen, a. J. Scherm, Nürnberg, u. a. Buchhlg. u. Holz.